

27. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Juli 1983, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 1435, 1436, 1437, 1467, 1468

Zur Geschäftsordnung

Dr. Rothemund (SPD) 1435, 1437
Tandler (CSU) 1436

Aktuelle Stunde gem. § 78 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema:

Lehrstellensituation zum Ende des Schuljahres 1983

Müller Karl Heinz (SPD) 1437, 1442
Gürteler (CSU) 1438
Schuhmann (SPD) 1439
Oswald (CSU) 1440
Staatsminister Dr. Pirkl 1441, 1448
Klasen (SPD) 1443
Hollwich (SPD) 1443, 1454
Frau Geiss-Wittmann (CSU) 1444
Frau Jungfer (SPD) 1445
Stein (CSU) 1446
Jena (SPD) 1447
Staatsminister Jaumann 1449
Dumann (CSU) 1449
Loew (SPD) 1451
Kobler (CSU) 1451
Werner (SPD) 1452
Dr. Goppel (CSU) 1453

Staatsvertrag über Bildschirmtext
(Drs. 10/1053)

- Zweite Lesung -

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Staatsvertrages über Bildschirmtext (Bildschirmtext-Staatsvertrag)

- Drs. 10/1054 -

- Zweite Lesung -

Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Rothemund, Dr. Böddrich u. Frakt. betr. **Einführung des Bildschirmtextes** (Drs. 10/1122)

Beschlußempfehlungen des Wirtschafts-, des Dienstrechts-, des Haushalts-, des Kulturpolitischen und des Verfassungsausschusses (Drs. 10/1271, 10/1272, 10/1273; 10/1337,

10/1338, 10/1339; 10/1340, 10/1341, 10/1342; 10/1413, 10/1414, 10/1415; 10/1480, 10/1481, 10/1482)

Warnecke (SPD) 1454
Dr. Rost (CSU) 1458
Staatssekretär Dr. Stoiber 1460
Dr. Rothemund (SPD) 1461

Abstimmungen 1462
Schlußabstimmung 1462

Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (Drs. 10/42)

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlungen des Sozialpolitischen, des Kulturpolitischen, des Haushalts- und des Verfassungsausschusses (Drs. 10/657, 10/789, 10/1215, 10/1483)

Dr. Schosser (CSU) 1463

Abstimmung 1464
Schlußabstimmung 1464

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Schosser, Dr. Rost zur **Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes** (BayHG) - Drs. 10/578 -

- Zweite Lesung -

Beschlußempfehlungen des Kulturpolitischen und des Verfassungsausschusses (Drs. 10/935, 10/1484)

Leeb (CSU) 1464

Abstimmung 1464
Schlußabstimmung 1464

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des bayerischen Kommunalwahlrechts (Drs. 10/1158)

- Erste Lesung -

Beschluß 1465

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Rothemund, Hiersemann u. Frakt. zur Änderung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (G10) – Drs. 10/1330 – – Erste Lesung – Beschluß	1465	Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/1319) Warnecke (SPD), Berichterstatter	1466
Beschluß	1465	Beschluß	1466
Entwurf eines Gesetzes über die Sammlung des bayerischen Landesrechts (Bayerisches Rechtssammlungsgesetz-BayRSG) – Drs. 10/1474 – – Erste Lesung – Beschluß	1465	Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 26. Mai 83 betr. Verfahren über den Antrag auf Feststellung, die Bundesregierung habe die Informationsansprüche der Antragsteller dadurch verletzt, daß sie keine Auskünfte über die Lagerung chemischer Kampfstoffe erteilt hat Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/1486) Warnecke (SPD), Berichterstatter	1466
Beschluß	1465	Beschluß	1467
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über staatliche Auszeichnungen für die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr (Drs. 10/1475) – Erste Lesung – Beschluß	1465	Interpellation der Abg. Tandler, Wünsche u. Frakt. betr. Bayern und die Europäische Gemeinschaft (Drs. 10/1279) Interpellation der Abg. Tandler, Glück Alois u. Frakt. betr. Luftreinhaltungspolitik und Kraftfahrzeugverkehr (Drs. 10/1383) Staatssekretär Dr. Stoiber	1467
Beschluß	1465	Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder Hiersemann (SPD)	1467
Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde (Drs. 10/1476) – Erste Lesung – Beschluß	1465	Beschluß	1467
Beschluß	1465	Vollzug des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat; Benennung von Mitgliedern nach Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes Beschluß	1467
Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 25. März 83 betr. Antrag des Abg. Brückner u. Frakt. der GRÜNEN im Hessischen Landtag auf Feststellung über die Zusammensetzung des Hauptausschusses Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/1485) Schmitt Hilmar (SPD), Berichterstatter	1465	Vollzug des Lastenausgleichsgesetzes; Wahl eines Mitglieds Beschluß	1468
Beschluß	1466	Antrag der Abg. Gürteler, Heiler, Breittrainer u.a. betr. Wettbewerbsverzerrungen (Drs. 10/15) und Antrag der Abg. Schlosser, Falter betr. Wettbewerbsverzerrungen durch österreichische Firmen im bayerischen Grenzgebiet (Drs. 10/59) Beschlußempfehlungen des Wirtschafts-, des Grenzland-, des Haushalts- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/230, 10/231; 10/453, 10/454; 10/988, 10/989; 10/1384, 10/1386) Beschluß	1468
Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 08. Juni 83 betr. Antrag 1. des Herrn Dr. Thieler, München 2. der Firma NEUBO, Hausverwaltung GmbH, München auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 14 des Bayerischen Gesetzes über das Meldewesen Beschlußempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 10/1318) Regensburger (CSU), Berichterstatter	1466	Beschluß	1468
Beschluß	1466	Antrag der Abg. Dr. Götz u.a. betr. Wettbewerbsgleichheit zwischen ausländischen und deutschen Transportunternehmen (Drs. 10/518)	
Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs vom 08. Juni 83 betr. Antrag des Landesvorsitzenden der Bayerischen Staatspartei – Landesverband Bayern der Europäischen Föderalistischen Partei (EFP) – auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 63 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes			

Beschlußempfehlungen des Wirtschafts- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/986, 10/1403)	
Beschluß	1468
Antrag der Abg. Werkstetter u.a. betr. Minderung der Wettbewerbsverzerrungen im Bereich des Gütertransports gegenüber Österreich (Drs. 10/931)	
Beschlußempfehlungen des Wirtschafts- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/1000, 10/1408)	
Beschluß	1468
Antrag der Abg. Gruber, Krinner, Hofmann Herbert u.a. betr. Wettbewerbsverzerrungen bei den Geflügelschlächtereien (Drs. 10/435)	
Beschlußempfehlungen des Landwirtschafts-, des Wirtschafts- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/643, 10/995, 10/1400)	
Beschluß	1468
Antrag der Abg. Wirth, Neuburger u.a. betr. Verhinderung unzulässiger Preisabsprachen zwischen Baufirmen (Drs. 10/87)	
Beschlußempfehlungen des Wirtschafts-, des Verfassungs- und des Haushaltsausschusses (Drs. 10/205, 10/776, 10/1364)	
Beschluß	1468
Antrag der Abg. Wirth, Warnecke u.a. betr. Preisabsprachen im Baugewerbe (Drs. 10/201)	
Beschlußempfehlungen des Wirtschafts-, des Verfassungs- und des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 10/645, 10/1010, 10/1391)	
Warnecke (SPD)	1468
Beschluß	1468
Nächste Sitzung	1468

Beginn der Sitzung: 15 Uhr

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 27. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Ein Teil der Mitglieder dieses Hauses hat bereits vorgeworfen, was ich anregen wollte: Mit Rück-

sicht auf die heiße Witterung wird Marscherleichterung gewährt.

(Allgemeiner Beifall)

Das gilt gleichermaßen für die Damen und die Herren, wengleich es sich in der Praxis mehr für die Herren als für die Damen auswirken wird.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich bitte heute sogar um Verständnis dafür, daß das Präsidium nach einer gewissen Zeit von der Marscherleichterung ebenfalls Gebrauch macht.

(Zuruf des Abg. Klasen)

– Es handelt sich selbstverständlich um eine Ausnahme, Herr Kollege Klasen, um Ihrem Wunsch entgegenzukommen.

Zur Geschäftsordnung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Rothemund gemeldet.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, um namens meiner Fraktion die Unterbrechung der Plenarsitzung zu beantragen und namens der SPD-Mitglieder des Ältestenrats die Einberufung einer Sitzung des Ältestenrats zu beantragen. Veranlassung dafür gibt uns das Verhalten des Herrn Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD – Unruhe und Zurufe bei der CSU)

Meine Fraktion weiß, warum sie Beifall zollt. Aber offenbar wissen Sie, meine Damen und Herren von der CSU, noch gar nicht, worauf ich hinaus will. Vielleicht können Sie dann den Beifall nachholen.

(Fortgesetzte Unruhe und Zurufe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Nach Mitteilung der Staatskanzlei kommt Ministerpräsident Strauß erst am kommenden Samstag von einer Reise zurück, die er als Privatmann unternimmt. Nachdem der Terminkalender des Bayerischen Landtags natürlich auch dem Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei seit längerem bekannt ist, wurde diese Reise offenbar sehr bewußt auf die letzte Plenarsitzungswoche vor Beginn der Sommerpause anberaumt. Die SPD-Fraktion erwartet selbstverständlich nicht, daß der Ministerpräsident an allen Sitzungen des Bayerischen Landtags teilnimmt. Es mag Fälle geben, die den Ministerpräsidenten daran hindern, im Plenum des Bayerischen Landtags anwesend zu sein. Wir erwarten allerdings, daß der Ministerpräsident dem Bayerischen Landtag wenigstens so viel Respekt entgegenbringt, daß er nicht in einer Sitzungswoche des Parlaments als Privatmann eine Reise unternimmt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir haben ohnehin mit einem Ministerpräsidenten zu tun, der im Unterschied zum früheren Ministerpräsidenten Dr. Goppel

(Dr. Rothemund [SPD])

(Zurufe von der CSU: Aha, da schau her!
Jetzt auf einmal!)

auch bei wesentlichen Anlässen so gut wie nie im Plenum des Bayerischen Landtags vertreten ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD –
Widerspruch bei der CSU)

Wir bedauern dies. Es ist die Funktion der Opposition und zugleich ihr gutes Recht, dies darzustellen. Wir würden es begrüßen, wenn sich die Regierungsfraktion nicht nur als Stütze der Regierung verstehen, sondern auch eigenes Selbstverständnis als Parlamentsfraktion beweisen würde. Dies wäre jedenfalls nützlich und würde vielleicht dazu beitragen, dem Ministerpräsidenten jenen Respekt zu vermitteln, den dieser dem Bayerischen Landtag insgesamt und auch der Opposition schuldet.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde beantrage ich die Unterbrechung der Plenarsitzung für eine halbe Stunde und die sofortige Einberufung des Ältestenrats.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ich muß zunächst einmal geschäftsordnungsmäßig folgendes feststellen:

Nach § 18 der Geschäftsordnung muß der Ältestenrat einberufen werden, wenn mindestens vier seiner Mitglieder – ich unterstelle, daß dies der Fall ist – dies schriftlich unter Angabe des Zweckes beantragen. Ein solcher schriftlicher Antrag ist bei mir bisher nicht eingegangen. Der Herr Abgeordnete Dr. Rothemund hat diesen Antrag mündlich gestellt. Ich unterstelle, daß ich im Laufe der nächsten halben Stunde den entsprechenden schriftlichen Antrag erhalten werde.

(Abg. Dr. Rothemund: Den bekommen Sie im Laufe der nächsten 30 Sekunden! Das war noch nie üblich! – Lachen bei der CSU –
Zuruf des Abg. Hiersemann)

– Ich lese nur die Bestimmungen der Geschäftsordnung vor.

(Unruhe und Zurufe bei der SPD)

– Moment, Moment, darf ich zunächst einmal ausreden.

(Glocke des Präsidenten)

Dann muß der Präsident die Sitzung innerhalb von 10 Tagen nach Eingang dieses Verlangens einberufen.

(Heiterkeit bei der CSU)

So steht es in der Geschäftsordnung. Darf ich die Kollegen der CSU bitten, zunächst einmal zuzuhören. Das war nämlich nur der erste Teil.

(Heiterkeit bei der SPD)

Unabhängig von § 18 der Geschäftsordnung kann natürlich eine Fraktion beantragen, die Sitzung zu unter-

brechen, um den Ältestenrat einzuberufen. Ich habe dann im Plenum abstimmen zu lassen, ob dieser Antrag eine Mehrheit findet. Sofern keine Mehrheit zustande kommt, gilt nach wie vor § 18 der Geschäftsordnung. Ich würde dann die Fraktionsvorsitzenden bitten, sich untereinander zu einigen, zu welchem Zeitpunkt die Sitzung des Ältestenrats stattfinden soll.

(Zuruf von der CSU: Nächste Woche! –
Heiterkeit bei der CSU)

Herr Abgeordneter Dr. Rothemund, stellt Ihr Antrag auf § 18 der Geschäftsordnung ab, oder wollen Sie gemäß Ihrer mündlichen Begründung, daß die Plenarsitzung jetzt unterbrochen und der Ältestenrat einberufen wird? So war Ihr Petition.

Zunächst hat das Wort der Herr Abgeordnete Tandler.

Tandler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktion der CSU hat selbstverständlich nichts gegen eine Einberufung des Ältestenrats, obwohl dies nach unserer Meinung sachlich nicht geboten ist und die Einberufung offenbar nur dazu dient, Spektakel zu veranstalten, Herr Dr. Rothemund.

(Starker Beifall bei der CSU – Zurufe bei der SPD)

Es ist doch immer das gleiche.

(Fortgesetzte Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Früher haben Sie moniert, wenn der damalige Ministerpräsident nicht anwesend war. Da haben Sie jeweils dasselbe Spektakel veranstaltet.

(Abg. Dr. Rothemund: Das ist auch richtig so!)

Jetzt monieren Sie die Abwesenheit des derzeitigen Ministerpräsidenten und führen den früheren Ministerpräsidenten als Vorbild an. In Wahrheit geht es Ihnen aber gar nicht um Anwesenheit oder Abwesenheit des Ministerpräsidenten, Sie wollen vielmehr nur Lärm erzeugen.

(Starker Beifall bei der CSU – Unruhe und
Widerspruch bei der SPD)

Zu sachlicher Arbeit und zu einer sachlichen Alternative zur Regierungspolitik der CSU des Bayerischen Landtags reicht es bei Ihnen nicht.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb wollen Sie auf andere Weise Aufmerksamkeit erregen. Daran will ich Sie auch gar nicht hindern. Wenn Sie sich aber zum Beispiel mit uns gemeinsam darüber Gedanken gemacht hätten, wie die Schülerförderungskosten neu geregelt werden können oder das Bayerische Begabtenförderungsgesetz gestaltet werden könnte, um trotz der Haushaltsenge für die Begabten im Lande noch etwas herauszuholen, hätten Sie Schlagzeilen gemacht. Das wäre zum Wohle des Landes, der Bevölkerung und der jungen Generation gewesen. Machen Sie aber nur so weiter

(Tandler [CSU])

wie bisher. Wir hindern Sie daran nicht und sind selbstverständlich mit der Einberufung des Ältestenrats einverstanden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich halte zunächst fest, daß der Herr Kollege Tandler mit der Unterbrechung der Sitzung und der sofortigen Einberufung des Ältestenrats einverstanden ist, so daß sich die vom Herrn Präsidenten gestellte Frage damit erübrigt.

Ich füge folgendes hinzu: Ich bedauere es sehr, Herr Kollege Tandler, und Sie, meine Damen und Herren der CSU-Fraktion, daß Ihnen die Abwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten von der Plenarsitzung offenkundig völlig gleichgültig ist.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht drückt sich darin eine veränderte Einschätzung des Herrn Ministerpräsidenten seit vergangenerm Sonntag aus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD –
Widerspruch bei der CSU)

Im übrigen macht nicht der „Spektakel“, der auf etwas Ungeheuerliches hinweist, sondern der, der es sich herausnimmt, in dieser Weise mit dem Bayerischen Landtag umzuspringen. Und dies ist der bayerische Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Ehe ich jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Kollegen Rothemund komme, darf ich feststellen, daß mir im Moment ein Brief des Herrn Ministerpräsidenten vorgelegt worden ist, der folgenden Wortlaut hat:

15. Juli 1983

Sehr geehrter Herr Präsident!

(Unruhe bei der SPD)

– Darf ich jetzt um mehr Ruhe bitten, damit ich in der Lage bin, den Brief vorzulesen.

Wegen einer privaten Reise in die ČSSR, nach Polen und in die DDR in der Zeit vom 16. bis 27. Juli 1983 kann ich an den Plenarsitzungen in der kommenden Woche nicht teilnehmen. Die Reise, die zugleich einen Teil meines Jahresurlaubs bildet, mußte aus technischen Gründen der zu besuchenden Länder so terminiert werden. Ich bitte meine Abwesenheit zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen
Franz Josef Strauß

Diese Information dient dem Hause zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Klasen)

– Ich kann nur sagen, er ist am 15. Juli geschrieben worden, und ich habe ihn im Moment erhalten.

(Zurufe von der SPD)

– Vom 16. bis 27. Juli ist der Herr Ministerpräsident verreist, steht drin, und heute ist der 19. Ich weiß nicht genau, was da falsch sein soll.

– Herr Kollege Tandler, stimmen Sie dem Antrag des Kollegen Rothemund zu? – Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein. Wiederaufnahme um 15.30 Uhr, nehme ich an, eine halbe Stunde? –

(Zurufe)

– Um 15.45 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 15 Uhr 13 Minuten)

Wiederaufnahme der Sitzung: 15.46 Uhr

Erster Vizepräsident Kamm: Meine Damen und Herren! Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf Punkt 1 der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

Mit Schreiben vom 6. Juli 1983 hat die Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema:

Lehrstellensituation zum Ende des Schuljahres 1983

Die Dauer der Aussprache ist auf eine Stunde begrenzt. Die einzelnen Redner dürfen, wie Sie wissen, nicht länger als fünf Minuten sprechen. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatsregierung das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet.

Als erster Redner hat das Wort der Herr Kollege Karl Heinz Müller. Bitte, Herr Kollege!

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Wir müssen den Jugendlichen Hoffnung geben.“ So erklärte der Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983.

(Beifall bei der CSU)

Ein guter Satz, meine Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Otto Meyer)

Ein Satz, den jeder in diesem Hohen Haus, wie der Beifall beweist, unterstreichen kann. Der Bundeskanzler knüpfte an diesen Satz aber ein weiteres an. Er schloß sich nahtlos an seine Aussage im Bundestagswahlkampf an, daß jeder Jugendliche, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig sei – was das auch immer ist –, eine Lehrstelle erhalte.

(Jawohl! bei der CSU)

(Müller Karl Heinz [SPD])

Dies jedenfalls habe ihm, Kohl, die Wirtschaft versprochen.

(Richtig! und: So ist es! bei der CSU)

Nun, meine Damen und Herren, wie steht es mit der Einlösung dieses Versprechens am Ende des Schuljahres 1983 in Bayern?

(Abg. Otto Meyer: Gut!)

– Sie meinen: gut. Wir meinen: nein.

(Zuruf von der CSU: Zeitung lesen!)

Lassen wir die neuesten Zahlen sprechen, nicht die Zeitung und nicht neue Versprechungen, sondern die neuesten Zahlen. In Bayern waren im Juni 1983 insgesamt 72715 Ausbildungsstellen gemeldet. Das sind 8450 oder 10,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Demgegenüber standen Bewerber, Buben und Mädchen, die einen Ausbildungsplatz suchen, in einer Zahl von 95414, das sind 9900 oder 13,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Tendenz ist deutlich, meine Damen und Herren! 8000 weniger Ausbildungsstellen im Vergleich zum Vorjahr, 9000 mehr Bewerber im Vergleich zum Vorjahr.

Dies alles weiß die Bayerische Staatsregierung. Dies alles wissen Sie, meine Damen und Herren von der CSU. Denn die Statistiken liegen seit Monaten offen auf dem Tisch. Die Arbeitsämter haben Sie in Gesprächen über den Arbeitsmarkt aufgeklärt. Sie wissen also Bescheid. Aber Sie wissen noch mehr.

Sie wissen zum Beispiel auch, daß wieder einmal die Mädchen besonders benachteiligt sind. Die Berufsausbildungsstellen etwa im Waren- und Dienstleistungsbereich sind um 17 Prozent zurückgegangen, im Bereich der Körperpflege-, Gästebetreuungs-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe um 20,5 Prozent – alles Bereiche, in denen traditionsgemäß überdurchschnittlich viele Mädchen Berufe nachfragen.

Sie alle kennen, meine Damen und Herren, aber nicht nur die nackten Zahlen, sondern Sie wissen auch, was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, welche entwürdigende, deprimierende Prozedur es für viele junge Menschen in unserem Lande ist, wenn sie 20, 30, 40 Bewerbungen schreiben und entweder überhaupt nichts hören oder lauter Absagen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Man hat Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU, genauso die Enttäuschung, die Verzweiflung dieser jungen Menschen und ihrer Eltern geschildert, daß sich auf dem Ausbildungsstellenmarkt nichts bewegt. Die Frage also an Sie, an die Staatsregierung, an die Mehrheit in diesem Haus: Was tun Sie? Was tun Sie, um dieser Situation abzuwehren? Wir stellen heute am 19. Juli 1983 fest: Nichts!

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung schwadroniert von einem insgesamt ausgeglichenen Stellenmarkt in Bayern. Angeblich „beobachtet“ sie sehr sorgfältig die Situation und sieht keinen Handlungsbedarf; so jedenfalls der

Staatssekretär im Arbeitsministerium vor 14 Tagen vor diesem Hohen Hause.

Man muß sich fragen: Auf was warten Sie eigentlich? Wann werden Sie endlich handeln? Wann werden Sie endlich eine Antwort suchen und geben auf die dringende Ausbildungsnot in unserem Land?

Wir fordern Sie auf, meine Damen und Herren, endlich etwas zu tun, das Wahlversprechen Ihres Bundeskanzlers einzulösen und keinem Betrug an jungen Menschen zuzustimmen, der sich abzeichnet, wenn Sie weiter untätig bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings genügt es nicht, hie und da eine Show abzuführen, wie der Herr Ministerpräsident kürzlich in Herrsching. Meine Damen und Herren, das hilft nichts, sondern kompliziert die Situation eher. Es geht nicht um das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit – es ist höchste Zeit, konkrete Maßnahmen in diesem Hohen Haus zu ergreifen, damit die jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen und eine Chance auf dem Stellenmarkt wollen, diese Chance auch endlich bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Gürteler. Bitte, Herr Kollege!

Gürteler (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Welches Ziel die SPD-Fraktion mit der heutigen Aktuellen Stunde bezwecken will, vermag ich auch bei intensiver Betrachtungsweise nicht zu ergründen. Sogar der „Spiegel“, ein unserer Staatsregierung sicherlich nicht immer wohlgesonnenes Wochenmagazin, weist in seiner diesjährigen Ausgabe Nr. 26 auf die äußerst günstige Angebot-Nachfrage-Relation in fast allen Regionen unseres Landes hin.

Diese Spitzenstellung Bayerns kommt, meine Damen und Herren von der Opposition, das müssen Sie sich sagen lassen, nicht von ungefähr. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben eine auf die Belange der vorwiegend mittelständisch strukturierten Wirtschaft Bayerns abgestellte Wirtschafts- und Finanzpolitik und auch die Bildungspolitik geführt. So hatte beispielsweise am Jahresende 1982 die bayerische Ausbildungsstellenbilanz einen landesweiten Angebotsüberschuß von 5000 Ausbildungsstellen aufzuweisen; 3700 nicht untergebrachten Bewerbern standen noch 8700 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber.

Die Zwischenergebnisse der Berufsbildungsstatistik der Arbeitsverwaltung sind bedauerlicherweise für die Kollegen der Opposition das auslösende Moment, unseren Schulabgängern, wie in jedem Jahr um diese Zeit, geradezu Angst und Schrecken einzujagen mit dem Phantom Ausbildungsstellennotstand in Bayern.

(Abg. Hiersemann: Was meinen Sie, was die jungen Leute Ihnen bei diesen Aussagen um die Ohren hauen werden? – und mit Recht!)

(Gürteler [CSU])

Wie in den vergangenen Jahren lassen die Erhebungen der Arbeitsämter vom Mai/Juni für das vor uns liegende Ausbildungsjahr gegenwärtig keine exakten Aussagen zu; gleichwohl werden Handwerk, Handel und die vorwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft die Lehrstellensituation in unserem Land wie in den Vorjahren in den Griff bekommen. Hierfür sprechen beispielsweise

- die vom bayerischen Kultusministerium im Mai durchgeführte Umfrage über Berufswünsche und Ausbildungsmöglichkeiten bei den Schulabgängern, wonach die Zahl der fest zugesagten und in Aussicht stehenden Auszubildenden gleich hoch ist wie zum selben Stichtag des Vorjahres;
- die rückläufige Entwicklung der Anzahl der Schulabgänger um rund 1500 gegenüber 1982;
- der deutliche Anstieg der gemeldeten Auszubildenden gegenüber dem vergangenen Jahr nach den bisherigen Ermittlungen;

Ich verweise zu letzterem vor allem auf die Aussage des Deutschen Industrie- und Handelstages, der eine Steigerung bereits gemeldeter Auszubildenden um 9,3 Prozent feststellt.

Für eine befriedigende Lösung sprechen auch die spürbare wirtschaftliche Erholung

(Lachen bei der SPD)

und damit Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in Bayern in den zurückliegenden Monaten und die in ihrer Folge positiven Auswirkungen auf den Ausbildungsstellenmarkt. Des weiteren wird durch die Beendigung der Berufsausbildung der geburtenstärksten Jahrgänge in diesem Jahr eine erhebliche Anzahl von Lehrstellen frei, die von Schulabgängern wieder besetzt werden können.

Bei der bekanntlich hohen Ausbildungsbereitschaft unserer Betriebe und vor dem Hintergrund des engagierten Werbens unserer Kammern für verstärkte Ausbildung bin ich zuversichtlich, daß wir in Bayern auch im Herbst dieses Jahres einen ausgeglichenen Lehrstellenmarkt vorzeigen können.

In diesem Zusammenhang appelliere ich auch an die Schulabgänger bezüglich ihrer Berufswahl. Lehrstellen in Modeberufen lassen sich einfach oft nicht vermitteln. Ein Ausweichen auf eine Lehrstelle in einem anderen Beruf verbessert mit Sicherheit die beruflichen Zukunftserwartungen.

Appellieren möchte ich auch an die Damen und Herren der Opposition, endlich damit aufzuhören, ein verzerrtes Bild einer überflüssigen, aufs Abstellgleis geschobenen Jugend in den schauerlichsten Farben aufzuzeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Da wird den Schulabgängern eine düstere Zukunft prophezeit; da werden die vielfältigen Bemühungen staatlicher Organe, der Kammern und der Betriebe um eine fundierte, bedarfsgerechte Berufsausbildung

einfach unter den Teppich gekehrt. Wir lehnen diese Politik der Verunsicherung und Entmutigung der Berufsanfänger und ihrer Eltern, aber auch der auszubildenden Betriebe, ab. Wir lehnen eine in keiner Weise gerechtfertigte Oppositionspolitik ab, die auf dem Rücken unserer Jugend ausgetragen wird.

(Zuruf von der SPD: San mir schuld!)

Um so mehr wollen wir im Rahmen unserer politischen Arbeit alles daran setzen, die berufsorientierte Ausbildung auf den Schulen zu verbessern, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft auf allen Ebenen zu intensivieren, nicht zuletzt ausbildungshemmende Vorschriften abzubauen.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Wir werden verstärkt die Politik fortsetzen, meine Damen und Herren, junge Menschen zur Bewältigung der aktuellen Anforderungen im späteren Berufsalltag zu befähigen.

Abschließend, meine Damen und Herren: Nicht nur für die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze, sondern vor allem für ihr Engagement gegenüber unserer Jugend möchte ich dem Handwerk, dem Handel, der Industrie und auch den freien Berufen ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Schuhmann. Bitte, Herr Kollege!

Schuhmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Gürteler, Sie sind mit Ihrer Argumentation nach dem Motto verfahren: Haltet den Dieb! Die Sorge um die Jugendlichen treibt uns zu dieser Anfrage. Wir meinen, es wäre Aufgabe der Staatsregierung, je t z t zu handeln und nicht zu warten.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung behauptet seit Wochen und Monaten, daß wir im September einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt in Bayern haben werden. Zu dieser Behauptung fällt mir nur ein Bild ein: Jemand hält seine Füße in einen Kühlschrank und legt seine beiden Hände auf eine heiße Ofenplatte. Dann haben wir statistisch gesehen einen Mittelwert, eine angenehme Temperatur. Konkret sieht es so aus, daß wir in bestimmten Räumen, ich will es an einigen Beispielen verdeutlichen, eine erschreckende, eigentlich eine katastrophale Situation haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Arbeitsamtsbezirk Coburg hatten wir bei 2200 Ausbildungsplatzsuchenden im Mai immer noch 1025 ohne Ausbildungsplatz. Zwar bestand im Juni eine abnehmende Tendenz, aber alle Experten sagen voraus, das Arbeitsamt Coburg ist der gleichen Meinung, daß sich im September kein Ausgleich finden und vor allem bei den Mädchen eine ganz schlimme Situation eintreten wird.

Wenn Sie, Herr Kollege Gürteler, gesagt haben, die Jugend sollte sich Ausbildungsplätzen zuwenden, die

(Schuhmann [SPD])

ihr angeboten werden, so wird Ihnen heute jeder Berufsberater bestätigen, daß inzwischen eine sehr starke Anpassung eingetreten ist. Vor kurzem hatten wir ein Gespräch in Weiden mit dem Arbeitsamt und auch mit den zuständigen Gremien der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer. Dort waren im Mai 30 Prozent der Ausbildungsplatzsuchenden ohne Ausbildungsplatz. In den Jahren 1981 und 1982 waren zum selben Zeitpunkt 15 Prozent ohne Ausbildungsplatz, also das Doppelte in diesem Jahr. Bei der Industrie- und Handelskammer und auch bei der Handwerkskammer ist man der Meinung, daß es im September nicht zu einem Ausgleich kommt. Zwar wird man bei den männlichen Jugendlichen einen Ausgleich haben, aber einige hundert Mädchen werden keinen Ausbildungsplatz bekommen.

In Pegnitz hatten laut einer Umfrage vom Juni 34 Prozent aller Hauptschüler noch keinen Ausbildungsplatz. Wenn Sie sagen, das gleiche sich schon aus, hier würden nur Schreckensmeldungen verbreitet, dann entspricht dies nicht der Realität. Die Realität sieht ganz anders aus.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir fordern deshalb von der Bayerischen Staatsregierung für die Regionen, in denen das Defizit besonders groß ist, ein Sofortprogramm. Von der Staatsregierung ist dies in ihrer Antwort auf eine Mündliche Anfrage in den vergangenen Monaten abgelehnt worden, vielfach wird es auch von der Wirtschaft abgelehnt. Aber in den Regionen, wo es negative Entwicklungen gibt, sieht es anders aus. So wird von Kommunalpolitikern und auch von der IHK Coburg zum Beispiel ein Sofortprogramm gefordert. Man ist in diesem Bereich der Meinung, daß die Situation nur mehr mit einem solchen Programm verbessert werden kann. Ich bin der Meinung, daß es Aufgabe der Politik ist, hier und jetzt zu handeln und nicht auf den September zu warten, bis es zu spät ist.

In Coburg sind wir sogar, so ausweglos ist die Situation inzwischen, eine Partnerschaft mit München eingegangen. Ich meine allerdings, daß dies keine Alternative ist; denn wir fördern damit nur die Abwanderung. Für viele ist es aber finanziell nicht verkraftbar, bei dieser Bezahlung noch zusätzlich eine Wohnung oder ein Zimmer zu unterhalten und sich zusätzlich zu verpflegen. Ich glaube, das können sich gerade Arbeiterfamilien einfach nicht leisten.

(Zustimmung bei der SPD)

Große Schuld wird von der CSU heute, hier hat sich der Ministerpräsident besonders hervorgetan, der Berufsberatung und dem Arbeitsamt vorgeworfen und deren Bürokratie angeprangert. Die tatsächliche Situation zeigt aber ein anderes Bild. 80 Prozent aller Jugendlichen im Arbeitsamtsbezirk Coburg haben die Hilfe des Arbeitsamtes in Anspruch genommen. Die Berufsberater sind in diesem Arbeitsamtsbezirk unbürokratisch, um dies einmal zu vermelden, sogar im Mai in die Betriebe hinausgegangen. Das Ergebnis

von 352 Betriebsbesuchen waren 15 zusätzliche Stellen.

Ich glaube, Sie werden im September Ihr blaues Wunder erleben.

(Abg. Möslein: Warten wir's ab!)

Den Jugendlichen ist damit aber nicht geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Oswald. Bitte, Herr Kollege!

Oswald (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schuhmann, Sie haben eben das Problem der Arbeitsvermittlung angesprochen. Da ist doch eines klar:

Wenn ein System der Vermittlung von Lehrstellen sich in manchen Bereichen als schwerfällig und bürokratisch erweist und nicht flexibel genug ist, muß darüber nachgedacht werden, ob nicht ein anderes System besser wäre oder wie man das System verbessern könnte. Nichts anderes hat unser bayerischer Ministerpräsident gesagt. Die Tätigkeit der Arbeitsverwaltung wird dadurch doch keineswegs herabgewürdigt, sondern es geht vielmehr darum, ein sinnvolles System der Kooperation zu finden, wie es beispielsweise schon verschiedene Zeitungen machen. So hat etwa die Augsburger Allgemeine eine Aktion Lehrstellen gestartet; die Zeitung will unkonventionell und unbürokratisch helfen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Weil Sie nichts tun!)

Das ist die Forderung im Augenblick, Herr Kollege Müller. Bei den Zahlen, die Sie in den Raum werfen und die oft Verwirrung schaffen,

(Abg. Klasen: Stimmen sie denn nicht?)

drängt sich der Eindruck auf, daß mehr Lehrstellen vorhanden sind, als bei den Arbeitsämtern gemeldet, auch wenn sich vielleicht mehr Jugendliche als früher an die Arbeitsämter wenden. Ebenso haben erfahrungsgemäß viele Jugendliche, die beim Arbeitsamt noch als unversorgte Bewerber registriert sind, oft schon einen Ausbildungsvertrag über direkte Bewerbungen in der Tasche.

Herr Kollege Schuhmann, wir wollen nichts beschönigen oder gar irgendwie verharmlosen. Jede Aussage zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Aussage in einem Verlaufsprozeß, man muß diese Aussagen richtig einschätzen. Erst im September/Oktober sehen wir endgültig klar.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann:
Dann ist es zu spät!)

Es ist ein Faktum, daß die Zahl der eingegangenen Ausbildungsverträge im Augenblick höher liegt als zum gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres. Wir haben ja heute gehört, daß die Zahl der von Oktober 1982 bis Ende Juni 1983 abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Industrie und Handel nach Angaben

(Oswald [CSU])

des Deutschen Industrie- und Handelstages mit über 170 000 um 9,3 Prozent über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres lag. Das ist ein Faktum.

Ein sehr wichtiger Punkt in der Diskussion sind Doppelbewerbungen. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise mußten schon im vergangenen Jahr 34 Prozent aller vergebenen Ausbildungsplätze im Endeffekt neu besetzt werden, weil sie von Jugendlichen nicht angenommen wurden. Ich glaube, wir müssen den jungen Leuten draußen auch sagen, daß es ein Gebot der Solidarität ist, daß sie die Betriebe und Arbeitsämter sofort informieren, wenn sie anderswo eine Ausbildungsstelle angenommen haben.

Für mich steht fest, auch der Kollege Gürteler hat es gesagt: Nicht jeder Jugendliche wird seinen ersten Wunschberuf oder eine Lehrstelle in seiner allernächsten Umgebung finden. Aber es hat jeder Jugendliche, auch das müssen wir einmal deutlich ansprechen, eine Vielzahl von Anlagen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, und es muß nicht gerade eine Lehrstelle mit dem allerersten Wunschberuf sein. Mancher Beruf, der als Traumberuf ersehnt wird, ist oft nur ein Modeberuf. Auch das muß einmal festgestellt werden.

(Abg. Jena: Was ist denn heute der Modeberuf?)

Gerade von jungen Menschen kann erwartet werden, daß sie auch Lehrstellen annehmen, die eine gewisse Fahrzeit erforderlich machen. Es ist doch für Abiturienten, die einen Ausbildungsplatz suchen,

(Abg. Karl Heinz Müller: Die gibt's doch gar nicht!)

zumutbar, daß sie den Ort ebenso wechseln, wie sie es für einen Studienplatz ganz selbstverständlich getan hätten.

– Natürlich gibt es Abiturienten, die Ausbildungsplätze suchen, die eben in die Ausbildung gehen und nicht an Hochschulen zum Studium.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ich räume ein, daß es in gewissen strukturschwachen Gebieten Probleme geben kann.

(Zuruf von der SPD: Daß es sie gibt!)

– Auch gibt. Hier müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, regionale Unterschiede auszugleichen, und da setzt unsere besondere Bitte an die Wirtschaft ein, weil wir glauben, daß die Wirtschaft hier im Wort steht. Wir sind überzeugt, daß auch in diesem Bereich das Problem zum größten Teil gelöst werden kann.

Den relativ höchsten Versorgungsgrad werden sicherlich unsere Hauptschüler haben. Sie haben ohne Zweifel die vernünftigsten und realistischsten Berufswünsche und haben damit auch ein breites Wahlspektrum vor sich. Der Erwartungshorizont gerade der Absolventen unserer Realschulen und Gymnasien reduziert sich – leider, muß ich sagen – auf be-

stimmte Plätze und verstärkt natürlich die Konkurrenz.

(Abg. Karl Heinz Müller: Die Schüler sind wieder einmal schuld!)

Mir scheint wichtig, auf die Gesamtpalette der Ausbildungsberufe hinzuweisen; denn letzten Endes stehen alle Berufe in einem breiten Spektrum zur Verfügung. Wir müssen den jungen Menschen auch sagen, daß wir in unserer arbeitsteiligen Berufs- und Arbeitswelt die gesamte Berufspalette benötigen, um in diesem Lande wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Zusammenfassend bleibt für mich die Feststellung: Wir befinden uns in einem Verlaufsprozeß, in dem noch nicht alle Entscheidungen getroffen sind. Wir begrüßen alle weiteren Initiativen, auch in der Freizeit, und rufen hierzu besonders auf. Wir bitten die Wirtschaft, alle nur denkbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um der jungen Generation zu einem gesicherten Einstieg in das Berufsleben zu verhelfen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Bitte, Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Pirkl: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Aussprache, die wir jetzt führen, erinnert an ähnliche Aussprachen, die in den zurückliegenden Jahren um die gleiche Zeit auf Bundesebene und auf Landesebene geführt worden sind. Auf Bundesebene wurden damals ähnliche Prognosen in den Raum gestellt, wie dies eben die Opposition tat, um eine allgemein verpflichtende Berufsausbildungsabgabe zu rechtfertigen. Meine politischen Freunde haben dieser Berufsausbildungsabgabe im Bundesrat deutlich widersprochen, weil wir der Auffassung sind, daß es auch ohne solche dirigistischen Maßnahmen zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis, auch für die einzelnen, auf dem Ausbildungsstellenmarkt kommen wird. Und wir haben recht behalten.

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir im vorigen Jahr ähnliche Diskussionen geführt. Wir haben uns dabei auf den Standpunkt gestellt, daß das Jahr 1982 in Bayern mit einer einigermaßen ausgeglichenen Bilanz abschließen wird. Das Ergebnis war, es wurde eben schon dargestellt, daß Bayern unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland die günstigste Ausbildungsstellenbilanz überhaupt hatte, ja, daß wir sogar einen Überhang von 5000 Angeboten hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß es im vorigen Jahr und auch vor zwei Jahren regionale und sektorale Problembereiche gegeben hat, ist etwas, was in der Natur der Sache liegt und was auch in der Zukunft vorhanden sein wird. Diese regionalen und sektoralen Engpässe können wir nicht dadurch bereinigen, daß wir irgendwo besondere Programme durchführen, sondern wir werden sie in erster Linie dadurch bereinigen, daß wir unsere gesamten strukturellen Maßnahmen so entwickeln, daß in

(Staatsminister Dr. Pirkl)

unserem Lande – auch in Gebieten schwieriger Wirtschaftsstruktur und sektoral – noch bessere Verhältnisse eintreten, als dies derzeit der Fall ist.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das hören wir schon 25 Jahre!)

Dies muß als mittelfristige und langfristige Konzeption im Vordergrund stehen.

Dazu müssen natürlich auch kurzfristig eine ganze Reihe von Überlegungen angestellt werden. Daß die Bayerische Staatsregierung solche Überlegungen angestellt hat und weiterhin anstellen wird, geht zum Beispiel schon daraus hervor, daß wir auch in diesem Jahr vorgeschlagen haben, und der Bayerische Landtag hat dies mit seinen Haushaltsbeschlüssen bestätigt, das Programm für die Sonderschüler fortzuführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist eine sektorale Maßnahme, die von wesentlicher Bedeutung ist und von der wir jetzt schon sagen können, daß sie auch in diesem Jahr und wahrscheinlich noch über dieses Jahr hinaus notwendig sein wird.

Aber was haben wir jetzt an Beurteilungskriterien, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wir wissen auf der einen Seite, daß wir aus dem Vorjahr einen weit geringeren Überhang an Problemfällen in dieses Jahr herübergenommen haben, als dies in irgendeinem anderen Bundesland der Fall gewesen ist. Das ist die relativ günstige Ausgangssituation von Bayern. Wenn man sich also über Sonderprogramme Gedanken machen muß, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann in einer Reihe anderer Länder, in denen schon die Ausgangssituation schwieriger ist.

Wir wissen aus der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit, daß der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter, also die Lehrstellenvermittlung, im Laufe der zurückliegenden Zeit einige Probleme gebracht hat; die Geschäftsstatistik der Arbeitsämter stellt uns heute kaum eine solide Grundlage für politische Maßnahmen zur Verfügung. Wir haben in diesem Hohen Hause darüber schon gesprochen, und man ist sich im allgemeinen darüber auch im klaren, daß eine ausreichend sichere Fundierung für besondere Maßnahmen fehlt.

Dann haben wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Statistik der Kammern über abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse. Rundum im Lande wird uns von den Kammern berichtet, daß im Vergleich mit den zurückliegenden Jahren durchaus positive Ergebnisse vorliegen, daß also schon eine beachtliche Zahl, ja sogar eine höhere Anzahl von Ausbildungsverhältnissen als in den zurückliegenden Jahren – regional auch wieder unterschiedlich – abgeschlossen ist. Also auch von hierher ist im Augenblick kein Sonderprogramm erforderlich.

Die wesentlichen Erkenntnisse und Grundlagen für die Beurteilung der Situation sind zum dritten immer noch die Befragungen an den Schulen. Unsere noch sehr aktuelle Mai-Befragung, die erst im Laufe der zurückliegenden Wochen ausgewertet wurde, er-

gibt, daß wir auch von da her heuer mit einem global in etwa ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt in Bayern rechnen können.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Müller?

Staatsminister Dr. Pirkl: Bitteschön!

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Staatsminister, genügt Ihnen als Anhaltspunkt eigentlich nicht die Tatsache, daß es bei 8000 weniger Ausbildungsstellen als im Vorjahr 9000 mehr Bewerber gibt, daß der Unterschied also 17 000 Bewerber beträgt? Genügt das eigentlich nicht?

Staatsminister Dr. Pirkl: Nein, Herr Kollege, das genügt nicht, weil dies ungesicherte Zahlen sind, von denen wir nicht ausgehen können. Ich möchte es jetzt wirklich nicht noch einmal sagen, weil ich es schon oft genug gesagt habe. Diese Zahl ist keine hinreichend fundierte Grundlage für ein staatliches Sonderprogramm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann also nur sagen, daß wir aufgrund der Zahlen, von denen wir wirklich als einigermaßen gesicherter Grundlage ausgehen können, heuer keinen insgesamt größeren Handlungsbedarf als im vergangenen Jahr zu haben scheinen; ich sage ganz vorsichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren: zu haben scheinen. Jetzt kommt es darauf an, die weitere Entwicklung in den Wochen nach dem Schulschluß abzuwarten. Eine ganze Reihe von Jugendlichen hat sich zum Teil um zwei, um drei oder um mehrere Ausbildungsstellen beworben. Damit ist eben in einer ganzen Reihe von Fällen – ich habe natürlich auch mit Ausbildungsbetrieben Gespräche geführt – die Situation eingetreten, daß die Bewerber angeschrieben wurden und dann ein Bewerber nach dem anderen absagte, weil er inzwischen eine andere der von ihm eingereichten drei oder vier Bewerbungen realisiert hatte.

Ein einigermaßen realistisches Bild entwickelt sich immer erst in den ersten Ferienwochen, und auf dieses realistische Bild werden wir abstellen müssen, wenn wir in Bayern gezielte Maßnahmen in die Wege leiten wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas ganz Wesentliches hinzufügen. An erster Stelle steht die Verantwortung der Wirtschaft. Wir bauen auf das duale Ausbildungssystem: Wirtschaft und ergänzend schulischer Unterricht.

(Beifall bei der CSU)

Hier ist in erster Linie die Verantwortung der Wirtschaft gefordert.

Ich meine, wir tun auch unseren Auszubildenden keinen großen Dienst, wenn wir dauernd über staatliche Programme reden und dann vielleicht den einen oder anderen dazu verleiten, abzuwarten, ob ein staatliches Programm überhaupt kommt, um erst dann sein

(Staatsminister Dr. Pirkl)

Ausbildungsverhältnis abzuschließen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist zunächst einmal die Wirtschaft gefordert. Wir werden sehr gewissenhaft prüfen, was der Staat, wenn die Wirtschaft mit diesem Problem nicht fertig wird, in der Sorge um die jungen Menschen noch tun kann. Dies ist die gegebene und richtige Reihenfolge. Wenn wir diese Reihenfolge nicht einhalten, stellen wir unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept auf den Kopf.

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klasen?

Klasen (SPD): Herr Staatsminister, sehen Sie keinen Handlungsbedarf, obwohl beispielsweise im Mai 1982 bei einer Disparität von Angebot und Nachfrage von 300 Ende September 1982 50 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten, aber heuer zum selben Zeitpunkt eine Disparität von über 1000 besteht, so daß mit Sicherheit nach allen Prognosen mehrere 100 in einem Arbeitsamtsbezirk ohne Arbeitsplatz bleiben werden?

Staatsminister Dr. Pirkl: Herr Kollege, man muß hier, wenn man schon von Disparität spricht, analysieren, wie diese Zahlen im einzelnen zustande gekommen sind. Wir wissen, daß in Anbetracht der Ausbildungsstellenproblematik heuer eine ganze Reihe von Bewerbungen sehr frühzeitig und eine große Anzahl von Bewerbungen auch gehäuft abgegeben worden sind. Ein realistischeres Bild, ich bleibe dabei, wird sich für uns erst nach Ablauf von einigen Ferienwochen ergeben; dann können wir auch feststellen, ob Globaldefizite vorhanden sind. Dann sehen wir auch, wo regional besondere Defizite vorhanden sind. Dann ist für uns, und dies wird nach meinem Dafürhalten eine unserer ersten Aufgaben nach den Sommerferien sein, die Frage, ob auch der Staat unmittelbar Verantwortung übernehmen muß oder ob wir uns mit Hilfen in einigen Sonderfällen begnügen können; ob eingetreten ist, was wir vermuten, nämlich daß sich eine ähnliche Situation wie im Vorjahr ergeben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird sich nie die Situation ergeben, daß nach Abschluß eines Schuljahres alle Wünsche erfüllt sind, so daß jeder zufrieden sein kann. Eine solche Situation hat es noch nie gegeben und wird es auch nie geben. Es kommt darauf an, meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt das Gleichgewicht im Auge zu behalten. Ich kann Ihnen für die Bayerische Staatsregierung erklären, daß wir sehr sorgfältig beobachten werden, ob dieses Gleichgewicht in Bayern gestört ist oder ob es sich ähnlich wie in den letzten Jahren einigermaßen befriedigend einstellt. Dies wird uns dann politische Überlegungen aufgeben.

Ich darf abschließend sagen, daß ich als das eigentlich Positive der heutigen Aussprache den Ruf ins Land hinein sehe, daß jeder, der in diesem Bereich Verantwortung trägt, in diesen Tagen und Wochen

mithilft, dieses Problem zu lösen. Ich glaube, ich darf in Ihrer aller Namen sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren sowohl der Opposition wie der Regierungstragenden Fraktion, wenn ich sage: Wir bitten alle Betriebe in Bayern, ganz gleich welcher Art, daran zu denken, daß es um das Wohl unserer jungen Generation geht. In zwei Jahren werden keine geburtenstarken Jahrgänge mehr vorhanden sein. Es ist also die beste betriebliche Investition für die Zukunft, jetzt Fachpersonal auszubilden, weil Nachwuchs in einigen Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Wenn wir dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch von dieser Stelle und in dieser Stunde ins Land rufen, dann, so glaube ich, haben wir mehr getan, als wenn wir über große staatliche Förderungsprogramme reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mir durchaus vorstellen, daß auch örtliche Maßnahmen, Aufklärungs- und Werbeveranstaltungen, einen Sinn haben. Wir werden auch selbst von unserem Hause aus, einige Veranstaltungen sind schon ange laufen, alles tun, um regional zu werben und aufzuklären. Wir hoffen, auf diese Weise eine unserem System konforme Lösung zustandezubringen. Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Weg einverstanden zu sein; es ist der Weg der Nüchternheit, mit dem wir auch in den zurückliegenden Jahren gut gefahren sind. Warum sollten wir heuer auf diesem Wege nicht auch --

(Abg. Dr. Rothmund: Etwas tun!)

– Nein, Herr Kollege Rothmund, wir haben in Bayern gottlob bessere Verhältnisse als in SPD-regierten Ländern, und so soll es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Hollwich. Bitte, Herr Kollege!

Hollwich (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst eine Anmerkung zum Herrn Kollegen Oswald; ich weiß nicht, ob er im Augenblick noch da ist.

(Zurufe von der CSU)

Er hat den Vorstoß, vielmehr den Angriff des Herrn Ministerpräsidenten gegen das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit gutgeheißen. Ich möchte dazu feststellen:

Wenn wir wirklich die gesetzlichen Bestimmungen lockern wollten, wir hätten schnell genug geschäftstüchtige und clevere Leute in unserem Lande, die ein gutes Geschäft machen würden mit der Not unserer Arbeitslosen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich garantiere Ihnen; wir hätten da sehr bald ein regelrechtes Zuhältersystem.

(Widerspruch bei der CSU)

Deshalb bin ich auch Herrn Stingl für die deutlichen Worte dankbar, die er aus seiner Sicht als Fachmann

(Hollwich [SPD])

(Zuruf von der SPD: Und als CDU-Mann!)

dazu gesagt hat.

Herr Minister, nun zu dem von Ihnen beschworenen Gleichgewicht. Ich muß dazu feststellen, daß insbesondere im Bereich des Landesarbeitsamts Nordbayern und in den grenznahen und strukturschwachen Gebieten dieses Gleichgewicht erheblich gestört ist. Es ist in diesem Jahr besonders gestört. Ich möchte mir deshalb erlauben, bezogen auf das Landesarbeitsamtsgebiet Nordbayern, einige Zahlen zu bringen. Nach den jüngsten Berichten waren mit 40918 Ausbildungsplatzbewerbern 4354, das sind 11,9 Prozent, mehr als im Vorjahr gemeldet, während die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze um 4200, d.h. 12,9 Prozent, auf 28905 zurückgegangen ist. Fast 20000 noch nicht vermittelte Ausbildungsplatzsuchende standen Ende Mai, Anfang Juni noch vor den Türen der Berufsberatungstellen im Landesarbeitsamtsbereich Nordbayern. Daß das Angebot in Weiden zum Beispiel besonders ungünstig ist, hat Herr Kollege Schuhmann bereits angesprochen; es wurden 22,9 Prozent weniger Plätze angeboten, denen eine um 30 Prozent höhere Nachfrage gegenübersteht.

Es gibt aber auch Bereiche, wo die Steigerungsrate nicht so ins Auge fällt, weil bereits im Vorjahr eine Differenz zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und der weitaus größeren Zahl von Ausbildungsplatzsuchenden bestand. Dies ist z. B. in der Region Main-Rhön der Fall, wo noch Anfang Juni rund 2200 nicht vermittelte Bewerber festzustellen waren. Es ist eine geradezu unbegreifliche Dickfelligkeit der Staatsregierung, daß sie angesichts dieser Zahlen immer noch darauf beharrt, daß kein Handlungsbedarf gegeben sei.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben bereits am 15. Juni darauf bestanden, als wir damals die Wiederauflage des regionalen bayerischen Ausbildungsplatzförderungsprogramms gefordert haben, daß „kein Handlungsbedarf“ besteht. Sie haben es heute wieder getan. Wir haben es in erster Linie für die Räume mit besonderem Mangel an Ausbildungsplätzen gefordert. Ich möchte heute wieder daran erinnern, daß mit derartigen Programmen in der Zeit von 1976 bis 1980 für 19000 junge Menschen eine Lehrstelle geschaffen worden ist.

Die Argumente, mit denen Sie ein meines Erachtens dringend gebotenes Handeln abgelehnt haben, sind nicht stichhaltig. Einmal sagen Sie, daß die Zahlen der einzelnen Arbeitsämter zu schwankend und zu unsicher seien. Aber selbst wenn dies in einem gewissen Umfang so wäre, ist doch ganz klar eine Verschlimmerung gegenüber den Vorjahren aus den Zahlen zu erkennen. Solange man keine genaueren Zahlen ermitteln kann, müssen eben die Zahlen der Arbeitsverwaltung als Grundlage verwendet werden.

Wenn Sie sagen, die Jugendlichen wären bei der Lehrstellensuche zu unflexibel und zu wenig mobilitätsbereit, so wird dies ebenfalls durch die Statistik

des Landesarbeitsamts Nordbayern widerlegt. Fast 1000 Bewerber sind im Landesarbeitsamtsbereich Nordbayern über die Grenzen der Arbeitsamtsbezirke hinaus vermittelt worden. Das heißt, sie waren bereit, zum Zwecke ihrer Ausbildung Fernpendler zu werden.

Es geht im Grunde aber auch darum: Es gibt Leute, die ideologische Hemmungen haben, in der Berufsausbildung andere Wege als den Weg des dualen Ausbildungssystems zu gehen. Diesen Leuten gilt Ihre Unterstützung. Wir erkennen das duale System in der Berufsausbildung an. Aber wenn dieses System es nicht schafft, allen jungen Menschen eine Chance zu geben, muß man auch bereit sein, außerbetriebliche Ausbildungsstätten zu schaffen.

Ein letzter Satz: Es ist nicht zu verantworten, wenn auch in diesem Jahr wieder zigtausend junge Menschen keine berufliche Chance erhalten.

(Starker Beifall bei der SPD)

Im vorigen Jahr sind im Bundesgebiet rund 37000 junge Menschen ohne Chance und damit auf der Strecke geblieben. Jeder einzelne davon ist zuviel. Da helfen uns auch die Wahlkampfsprüche des Herrn Bundeskanzlers nicht weiter. Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Geiss-Wittmann. Bitte, Frau Kollegin!

Frau Geiss-Wittmann (CSU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Private Initiativen als Zuhältersystem zu verurteilen, schlägt jedem von uns, der sich wirklich um die Jugend plagt, ins Gesicht. Eine solche Wertung kann ich nicht hinnehmen.

(Abg. Dr. Böddrich: Haben Sie schon mal von den Ausländervermittlern gehört, Frau Kollegin?)

–Ich wiederhole, daß ich nicht hinnehmen kann, daß private Initiativen als Zuhältersystem bezeichnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sprechen von der Sorge um die Jugend. Wenn diese Sorge so aussieht, wie im Bundestag von den Grünen unter dem Beifall der SPD geäußert wurde, daß die Jugendlichen aufgerufen werden, sich nicht auf schlechte Ausbildungsplätze abschieben zu lassen, dann wird der Jugend bestimmt ein Bärendienst erwiesen.

Meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich aus der Sicht der schwachstrukturierten Oberpfalz kurz die Ausbildungssituation schildern. Nach einer Meldung des Arbeitsamts bestanden am 31. Mai 1983 im Arbeitsamtsbezirk Weiden 292, Schwandorf 390 und Regensburg 1205 unbesetzte Ausbildungsplätze. Die Zahl der noch unversorgten Jugendlichen betrug in Weiden 1297, Schwandorf 1840 und Regensburg 2423; der Anteil der Mädchen betrug in Weiden 800, in Schwandorf 1142 und in Regensburg 1556. Im Jahr 1982 wurden 4037 Vertragabschlüsse getätigt. Nach Meinung der Kammern wird die 4000er-Marke auch heuer wieder erreicht werden. Bei insgesamt 3691

(Frau Geiss-Wittmann [CSU])

Schulabgängern aller Schularten müßte sowohl nach Statistik als auch tatsächlich eigentlich jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz finden. Zum 30. Juni 1983 lagen bereits 1956 Berufsausbildungsverträge vor; 1982 waren es zur gleichen Zeit erst 1676 Verträge; also heuer eine Verbesserung gegenüber 1982.

Warum gibt es nach wie vor aber dennoch Schwierigkeiten?

Aufgrund der vorliegenden Zahlen sei ein Ausbildungsstellennotstand eigentlich ausgeschlossen, weil man nach Ansicht vieler einfach nur mobil zu sein bräuchte. Das Wort „Mobilität“ kommt in diesem Zusammenhang allzu leicht von den Lippen.

(Beifall bei der SPD)

Der Lebenswirklichkeit entspricht es sicher, daß die Eltern ihre ausbildungswilligen Kinder nicht in eine weit entfernte Stadt schicken wollen; also zum Beispiel von Tirschenreuth nach Regensburg. Ein gewisses Maß an Mobilität ist jungen Menschen aber sicher zumutbar; etwa eine Wegstrecke, die in der Freizeit ohne weiteres zum Besuch von Unterhaltungszentren zurückgelegt wird. Die Mobilität hat aber dort ihre Grenzen, wo Jugendliche die Familie als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen verlassen müssen und ihnen die Familie nicht mehr die nötige Hilfe und Förderung zuteil werden lassen kann.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich bitte alle in diesem Hause, bei der Lösung gerade dieses Problems mitzuhelfen.

(Abg. Karl Heinz Müller: Wie denn? Weiterer Zuruf von der SPD: Unsere Unterstützung haben Sie!)

Lassen Sie mich noch auf ein anderes Problem verweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Viele Mädchen, die die ländliche oder städtische Hauswirtschaft erlernen möchten, finden keinen Ausbildungsplatz. Von 4800 Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft bilden in Bayern nur 10 Prozent Lehrfrauen aus. Ähnliches gilt für die städtische Hauswirtschaft. Ich bitte die Staatsregierung deshalb, folgenden Gedanken zu prüfen:

In der Ausbildung in der Hauswirtschaft werden nicht wie in Handwerk und Industrie verrechenbare Ergebnisse produziert. Für die Meisterinnen bedeutet deshalb die Ausbildung Jugendlicher manchmal einen Luxus. Wäre es in diesem Zusammenhang nicht überlegenswert, die Kosten für die Ausbildung in der Hauswirtschaft steuerlich abschreiben zu lassen?

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Den Bedürfnissen junger Menschen in schwach strukturierten Gebieten kann auch dadurch entsprochen werden, daß gerade in diesen Gebieten über Bedarf ausgebildet wird. Jeder, der einen Lehrling mehr ausbildet, als er an sich für seinen Betrieb bräuchte, verdient gerade in den schwach strukturierten Gebieten unseren Dank und unsere Anerkennung.

Jungen Menschen sollte auch immer wieder gesagt werden, daß sie zu mehreren Berufen fähig sein sollten. Es wurde heute bereits ausgeführt.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Jeder junge Mann und jede junge Frau, die einen Ausbildungsplatz wollen, sollten einen finden. Das ist nicht nur unser Wunsch, sondern auch unser Ziel. Dankeschön.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Abg. Dr. Böddrich: Ausgezeichnet! Dann macht mal was!)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Jungfer. Bitte, Frau Kollegin!

Frau Jungfer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung:

Wenn wir die Anwesenheit des Herrn Ministerpräsidenten anmahnen, so geschieht dies nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir der Auffassung sind, daß er sich dringend eine Debatte wie diese anhören müßte. Dies um so mehr, als er sich zu dem Thema erst jüngst so unqualifiziert geäußert hat.

(Starker Beifall bei der SPD)

Eine Vorbemerkung zur Frau Kollegin Geiss-Wittmann: In ihrer Stimme habe ich bei diesem Thema heute zum erstenmal gespürt, daß für die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, tatsächlich Mitgefühl vorhanden ist.

(Starker Beifall bei der SPD)

Die von meinem Kollegen genannte Zahl Jugendlicher in Bayern, die keinen Ausbildungsplatz finden, ist erschreckend. Sogar in München, der Region mit dem besten Ausbildungsplatzangebot in ganz Bayern, gibt es in fünf von dreizehn Berufsgruppen mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Im Mai 1983 hatten erst 65 Prozent der Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz suchen, einen Lehrvertrag. Von den vom Arbeitsamt noch nicht vermittelten Bewerbern um Ausbildungsplätze waren mehr als 20 Prozent Altbewerber, also aus dem Vorjahr übriggeblieben. Dabei bleibt die Frage offen, wieviel Jugendliche des letzten Jahrgangs bereits mit der Begründung resigniert haben, daß sie ja doch keine Lehrstelle finden.

(Beifall bei der SPD)

Die Pflicht der Staatsregierung wäre es, den Verfassungsanspruch dieser Jugendlichen auf Ausbildung, selbstverständlich gemeinsam mit den Unternehmen und Betrieben, einzulösen. Sie tut es nicht. Ihre Untätigkeit ist ein Skandal, der um so schlimmer ist, als Sie, meine Damen und Herren von der CSU, dies auch noch voll abdecken.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß der überwiegenden Mehrheit der CSU der Lehrstellenmangel nicht nur gleichgültig, sondern sogar willkommen ist.

(Frau Jungfer [SPD])

(Heftiger Widerspruch bei der CSU – Abg. Möslein: Das ist eine Unverschämtheit!)

Der Lehrstellenmangel ist Ihnen insofern willkommen, als dadurch auch in diesem Bereich mühsam erkämpfte Rechte und Schutzbestimmungen der Arbeitnehmer demontiert werden können.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich werde es Ihnen nachweisen. Mit dem Hinweis auf die ausbildungshemmende Wirkung von Vorschriften haben Sie von der CSU den Jugendarbeitsschutz gelockert und den notwendigen Gesundheits- und Gefahrenschutz geopfert.

(Beifall bei der SPD)

Wo greifen denn die Vorschriften über den täglichen Arbeitsbeginn und die tägliche Arbeitszeit besonders? Doch gerade in den Berufen, in denen die Zahl der Lehrstellen in den letzten Jahren ohnehin erheblich ausgeweitet wurde; bei den Metzgern um 31 Prozent, den Bäckern um 26 Prozent und im Gaststätten-gewerbe um 20 Prozent mehr.

(Abg. Möslein: Sie kaufen Ihr Brot im Konsum, deshalb brauchen Sie wohl keinen Bäcker!)

In diesen Bereichen herrscht der geringste Lehrstellenmangel; vielmehr wird weit über Bedarf ausgebildet. Dazu braucht man sich nur einmal die erlernten Berufe unserer sogenannten ungelerten Fabrikarbeiter ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Da Ihnen von der CSU diese Zahlen ebenso bekannt sein dürften wie uns, muß ich unterstellen, daß Sie dies so wollen. Das heißt, Sie wollen bewußt Fehl-ausbildung; Ihnen geht es nicht um mehr oder bessere Ausbildung, sondern um den Abbau von Arbeitnehmerrechten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Daum)

Ein zweites Beispiel: Landauf landab wird die Not von Jugendlichen und Schülern von Betrieben ausgenutzt, um sie in sogenannte Probelehrverhältnisse zu locken. Nach vier oder mehr Wochen Arbeit bekommen sie dann häufig genug den Laufpaß. Sie haben gearbeitet und stehen dann auf der Straße.

Vor mehr als drei Monaten habe ich zu einem Jubelartikel über eine solche Probelehre in einer Bäckerei für einen Dreizehnjährigen eine Anfrage gestellt. In diesem Artikel waren explizit nicht nur Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz, sondern auch verbotene Kinderarbeit lobend dargestellt. Heute bekomme ich vom Landtagsamt die Nachricht, daß diese Anfrage endlich beantwortet sei. Sehr merkwürdig: Die Nachricht stammt vom 8. Juli, heute haben wir den 19.; und diese Nachricht enthielt noch nicht die Antwort. Das heißt, was das Staatsministerium zu dieser skandalösen Geschichte sagt, weiß ich bis zur Stunde noch nicht. Meine Behauptung: Die Staatsregierung

findet auch dies positiv, Verbot der Kinderarbeit her oder hin. Alles dies ist nur möglich aufgrund der Mangelsituation bei den Lehrstellen.

Das dritte Beispiel ist die von Ihnen geforderte Aufhebung des Vermittlungsmonopols des Arbeitsamtes. Wenn es durchgeführt würde, wissen Sie ganz genau, was passiert. Es entsteht keine einzige Lehrstelle mehr.

Deshalb wiederhole ich meinen Vorwurf: Ihnen scheint der Lehrstellenmangel willkommen, willkommen um Arbeitnehmerpositionen zu schwächen und Unternehmerpositionen zu stärken. Dies ist Klassenkampf von oben.

(Abg. Möslein: Wenn Sie das glauben, sind Sie auch noch dumm! – Abg. Daum: Klassenkämpferin!)

Sie können sicher sein, daß wir Sozialdemokraten dagegen schärfsten Widerstand leisten werden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Stein. Bitte, Herr Kollege!

Stein (CSU): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Nachdem eigentlich schon soviel gesprochen wurde, darf ich mich auf fünf Punkte beschränken.

Erstens. Im Namen der Fraktion weise ich den ungeheuerlichen Vorwurf der Vorrednerin zurück, daß die CSU Lehrstellenmangel will.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist eine Unterstellung, die wir uns verbitten.

(Abg. Möslein: Böartige Hezete ist das! – Gegenrufe von der SPD)

Zweitens. Ich bescheinige der Frau Kollegin Jungfer, daß sie von der Wirtschaft keinerlei Ahnung hat,

(Beifall bei der CSU)

ebensowenig von den Verhältnissen im Ausbildungswesen.

(Zuruf des Abg. Karl Heinz Müller)

– Keinerlei Ahnung!

(Abg. Karl Heinz Müller: Mit der Bescheinigung kann sie was anfangen!)

– Keinerlei Ahnung hat sie, das kann ich ihr bescheinigen. Die Frau Jungfer müßte erst einmal eine Lehre eingehen, damit sie weiß, wie es draußen in der Wirtschaft, in den Betrieben, im Handwerk und im freien Beruf aussieht.

(Zustimmung bei der CSU)

Ich glaube, die Frau Jungfer hat wahrscheinlich noch nie gearbeitet.

(Abg. Daum: Auf Kosten der Steuerzahler studiert!)

(Stein [CSU])

Das muß man einmal prüfen.

(Zurufe von der SPD)

Drittens. Meine Damen und Herren, ich darf zur Sache kommen. Wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mitteilte, hat die Wirtschaft, den Forderungen der Politik entsprechend, auch heuer wieder ihr Lehrstellenangebot ausgeweitet und gesteigert. Ich verweise hierzu auf die heutige Pressemitteilung. Daher müßte es gelingen, die Jugendlichen auch in diesem Jahr in Ausbildungsplätzen unterzubringen.

Viertens. Bis Ende Juni dieses Jahres sind bei den IHKs in Bayern 1969 mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden als im Vorjahreszeitraum. Es sind 15 Prozent mehr.

(Abg. Karl Heinz Müller: Das besagt überhaupt nichts!)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Auch 1982 suchten in Bayern im Mai/Juni noch 25288 einen Lehrplatz. Der große Vermittlungsschub kam dann im August/September, so daß es am 30. September nur mehr 5800 Lehrstellen-suchende gab bei rund 7000 offenen Ausbildungsplätzen. Diese Entwicklung werden wir mit Sicherheit auch in diesem Jahr erreichen.

Fünftens. Der freie Beruf hat einen eigenen Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze geleistet. Frau Jungfer, ich lade Sie gerne einmal in unsere Kammer ein, damit Sie sich dort über die Verhältnisse informieren.

(Abg. Warnecke: Eine Rumpelkammer! – Zurufe von der SPD)

In einem Aufruf hat der Verband freier Berufe alle Berufsorganisationen aufgefordert, sämtliche freigewordenen Ausbildungsplätze ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage neu zu besetzen und darüber hinaus zusätzliche Arbeitsplätze anzubieten. Dieser Aufruf ist in großem Maße befolgt worden. Welche Wirkung dieser Aufruf hat, darf ich am Beispiel meines eigenen Berufsstandes aufzeigen, Frau Kollegin Jungfer. Auszubildende insgesamt per 31. Dezember: im Jahre 1975: 1896, im Jahre 1979: 2574, und im Jahre 1982: 3126. Also wahrlich eine ganz beachtliche Steigerung von qualifizierten Ausbildungsplätzen!

(Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie dies so lächerlich finden, dann brauchen wir hier nicht diskutieren. Wenn Sie nur Ihre ideologischen Gemeinplätze anbringen und nicht die wahren Verhältnisse in Zahlen zur Kenntnis nehmen wollen,

(Beifall bei der CSU)

dann können wir diese Aktuelle Stunde sofort abbrechen.

Dann sage ich Ihnen noch etwas: Ausbildungsverhältnisse neu begonnen im Kammerbezirk: 1975: 742, 1979: 896, 1982: 1141.

Als nächstes darf ich aufgrund meiner beruflichen Erfahrung darauf hinweisen, daß der Aufruf des Herrn Bundeskanzlers Kohl erheblich dazu beigetragen hat, Lehrlinge in der Wirtschaft unterzubringen.

(Zustimmung bei der CSU – Lachen bei der SPD)

– Selbstverständlich, sie haben sich an den Bundeskanzler gewandt. Das Bundeskanzleramt hat die Kammern verständigt, und die Kammern haben sich bemüht, ihren Ausbildungswünschen Rechnung zu tragen. Das ist die Realität; die wollen Sie halt nicht zur Kenntnis nehmen. Jetzt muß ich als Vertreter der freien Berufe schon fast sagen: Wenn man sich so auszubilden und unterzubringen bemüht, wie ich Ihnen jetzt anhand der Zahlen aufgezeigt habe, dann muß ich Ihnen schon sagen, daß Ihr Beitrag zu meinen Ausführungen hier überhaupt nichts dazu beiträgt,

(Abg. Dr. Rothmund: Ich verstehe nicht, was Sie wollen!)

die Lehrstellensituation zu verbessern. Was tun Sie denn? Sie tun doch nur schwätzen und ideologische Vorstellungen entwickeln; nicht einen einzigen Arbeitsplatz und nicht einen einzigen Ausbildungsplatz schaffen Sie!

(Zustimmung bei der CSU)

Ich habe auch noch eine Frage an den Herrn Minister – ich weiß nicht, ob er sie beantworten kann, ob es eine solche Statistik gibt –, wieviele außerbayerische Lehrlinge in Bayern Ausbildungsplätze bekommen haben.

(Abg. Karl Heinz Müller: Jetzt kommt's!)

Das würde mich einmal interessieren, wieweit Bayern dazu beiträgt, Lehrlinge anderer Bundesländer unterzubringen.

(Zurufe von der SPD)

Endgültige Klarheit, meine Damen und Herren, wird, wie alle Jahre, erst Ende September bestehen. Deshalb mein Appell an alle Unternehmer: Ausbilden heißt Zukunftsinvestition. Heute braucht die junge Generation Ausbildungsbereitschaft, morgen brauchen die Betriebe die junge Generation. Danke.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Kamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Jena. Bitte, Herr Kollege!

Jena (SPD): Liebe Kollegen! Zu dem Lehrstellenmärchen des Herrn Stein und des Herrn Kohl will ich einmal erklären, wie das Verfahren läuft. Da bekommt ein Bewerber für eine freie Lehrstelle vom Arbeitsamt die Mitteilung, daß keine Lehrstelle frei ist. Dann wendet sich dieser Lehrling bzw. sein Vater an den Herrn Bundeskanzler Kohl aufgrund des Versprechens, ihm eine Lehrstelle zu besorgen.

(Zurufe von der CSU, u. a. der Abg. Daum und Niedermayer)

Dann schreibt der Herr Kohl an die Kammer.

(Jena [SPD])

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

– Hören Sie gut zu, was dabei herauskommt! Dann schreibt die Kammer an das Arbeitsamt, und das Arbeitsamt teilt dem Lehrling mit, daß immer noch keine Lehrstelle frei ist. Das ist die Wahrheit über das Lehrstellenmärchen,

(Beifall bei der SPD)

das Sie im Landtag verbreiten.

(Abg. Dr. Böddrich: Das kann man beweisen!)

Das Verfahren, das ich hier geschildert habe, betrifft die leeren Versprechungen des neuen Bundeskanzlers aus der Märchenstunde der neuen Bundesregierung.

(Zuruf des Abg. Daum)

Jetzt aber zur Bürokratie des bayerischen Kultusministers!

(Abg. Huber (Landshut): Was Sie nicht sagen!)

Vier Wochen z. B. brauchte das bayerische Kultusministerium,

(Zuruf des Abg. Stein)

um Stellung zu nehmen zu einem Begehren, das der Kreisjugendring in Fürstenfeldbruck an das Staatsministerium gerichtet hatte, gemeinsam mit der Kreislandwerkerschaft in Fürstenfeldbruck bei den Schulen einen sog. Berufsinformmarkt zu veranstalten, das heißt die Hauptschüler über die Lehrstellensituation im Kreis Fürstenfeldbruck aufzuklären. Nach vier Wochen fand sich das Kultusministerium endlich bereit, nein zu sagen. Das ist die Unterstützung, die Sie der Jugend in Bayern bei ihrer Suche nach Lehrstellen angedeihen lassen!

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, welche Zahlen Sie haben; wir gehen jedenfalls von den Zahlen in den öffentlichen Statistiken aus. Wir haben jetzt bereits Juli. Ich halte Ihnen eine Zahl aus einem Bezirk entgegen, der bisher von Lehrstellenmangel noch nicht so „beleckt“ war. Uns liegen die Juli-Meldungen

(Abg. Niedermayer: Die Juli-Zahlen sind doch noch gar nicht veröffentlicht!)

des Arbeitsamtsbezirkes Weilheim vor. Ende Juni waren 1772 Lehrstellen für 2795 Bewerber vorhanden, mithin eine Differenz von 1023.

(Widerspruch des Abg. Huber (Landshut))

Im letzten Jahr gab es eine Differenz von 48 zwischen Lehrstellen und Bewerbern.

(Abg. Daum: Was soll denn das Ganze?)

Ich würde Ihnen allen raten, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, endlich einmal einen Lehr-

gang mitzumachen, wie man aus Statistiken Konsequenzen ziehen könnte.

(Beifall bei der SPD – Abg. Niedermayer: Machen Sie da den Lehrer?)

Seit Jahren wird in den Statistiken von Trends und Tendenzen gesprochen; Trend ist, daß sich das Land Bayern inzwischen an die Spitze der negativen Entwicklung gesetzt hat.

(Lachen bei der CSU)

Wenn man über Lehrstellenmangel spricht, meine Damen und Herren von der Regierung, muß man die steigenden Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit hinzurechnen, um die Wahrheit zu erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Bayern liegt in der Statistik der registrierten jugendlichen Arbeitslosen bis zu 20 Jahren im Trend weit, weit an der Spitze. Dieser Trend hält an. Der Bundesdurchschnitt des Anteils der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ist 9,1 Prozent; in Bayern beträgt der Anteil 9,8 Prozent.

(Abg. Möslein: Woher haben Sie die Zahlen?)

– Dies sind die offiziellen Zahlen von den zuständigen Arbeitsämtern.

Meine Damen und Herren! Die Bayerische Staatsregierung kommt über das Lehrstellenmärchen hinaus zu einer weit schlimmeren Aussage, was unsere Jugendlichen betrifft. Die Staatsregierung behauptet – eine Rednerin aus der Regierungspartei hat das Gegenteil behauptet –, daß unsere Jugend viel zu wenig flexibel wäre, daß sie nicht bereit wäre, sich um andere Lehrstellen zu kümmern, wenn sie nicht aus sogenannten Modeberufen sind. Hier gießt, so meine ich, die Bayerische Staatsregierung Hohn und Spott über die Jugendlichen,

(Abg. Huber (Landshut): Also, jetzt kommt!)

die bereit sind, Berufe zu erlernen wie Friseur oder Metzger.

(Abg. Huber (Landshut): Ist das Metzgerhandwerk etwa kein anständiger Beruf? – Klopfzeichen des Präsidenten)

– Der letzte Satz, Herr Präsident. Ich sage Ihnen eines: Auf jeden angebotenen Lehrplatz in der Industrie, der Zukunft hat, gibt es 30 Bewerber. Ich frage Sie: Wohin gehen die anderen 29 Bewerber?

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Jena (SPD): Dankeschön! Die müssen in die sogenannten Modeberufe!

(Beifall bei der SPD – Abg. Daum: Gott sei Dank!)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung.

Staatsminister Dr. Pirkl: Herr Kollege, ich habe hier die amtliche Statistik der Bundesanstalt. Sie besagt:

(Staatsminister Dr. Pirkel)

Arbeitslosenquote für Jugendliche Ende Juni 1983 in Bayern: 5,1 Prozent, Bundesdurchschnitt 7,8 Prozent.

(Lebhafte Zurufe von der CSU, u. a. Abg. Dr. Fischer: Na also! – Abg. Huber (Landshut): Allerhand, hier so zu mogeln! – Abg. Niedermayer: Nichts als auf die Betriebe einhauen! – Abg. Daum: Volksverdümmung ist das! – Abg. Niedermayer: Glaubt ihr denn, daß es dadurch besser wird? – Abg. Huber (Landshut): Also, so was habe ich doch noch nie erlebt! – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort erteile ich dem Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, Hohes Haus! Die Zahlen, die der Kollege Jena gerade genannt hat, brauche ich nicht mehr zu berichtigen. Das hat der Herr Arbeitsminister selbst getan.

Es ist eine Tatsache, daß das Lehrstellenangebot in Bayern über alle Zeiten hinweg besser war als im übrigen Bundesdurchschnitt; es ist auch jetzt noch besser. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist in Bayern im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet am niedrigsten. Das wollte ich festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Damit sage ich nicht, daß wir mit allem zufrieden sein können, sondern nur: Wenn jemand sich überhaupt über die Arbeitslosigkeit Jugendlicher aufregen möchte, müßte er dies außerhalb Bayerns tun, aber nicht insonderheit hier in Bayern.

Zweitens. Wir tun so, als ob es ein Wunder wäre, daß es heute Schwierigkeiten gibt. Wir haben in Bayern zwar die wenigsten Schwierigkeiten, aber natürlich gibt es doch Schwierigkeiten. Es gibt Probleme regionaler Natur; es gibt Probleme struktureller Natur. Woher kommen denn diese Probleme?

Meine Damen und Herren! Sie kommen – die Wirtschaft steigt jetzt allmählich wieder an – letztlich daher, daß wir über Jahre hinweg die Ertragskraft der Wirtschaft erprobt und sie damit zu Tode geritten haben. Das ist doch die Konsequenz! Das ist doch kein Zufall! Irgendwoher muß es ja kommen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Böddrich: Von den geburtenstarken Jahrgängen haben Sie noch nichts gehört?)

Es gibt eine ganz simple Rechnung. Bayern, immer von der CSU regiert, hat die besten Zahlen. Die schlechtesten Zahlen haben ganz zweifelsohne die von der SPD regierten Länder, wie etwa Nordrhein-Westfalen und Bremen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Sie kennen doch genau die Probleme! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten – Abg. Hiersemann: Was haben wir

z. B. in der Maxhütte? Das ist doch dummes Zeug!)

– Ist doch wahr!

(Abg. Dr. Glück: Die wollen die Wahrheit nicht hören! Fortgesetzte Zurufe von der SPD)

– Sind Sie jetzt wieder ruhig? Kann ich weiterreden? Sie werden mich heute nicht aufregen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dumann?

Staatsminister Jaumann: Natürlich!

Dumann (CSU): Herr Staatsminister, glauben Sie, daß die Erregung hier im Hause ganz anders wäre, wenn die Zahlen umgekehrt wären?

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Das ist eine echte Dumann-Frage!)

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, Hohes Haus! Ich bin kein Psychologe und kein Doktor, sondern ein ganz normaler Mensch; jeder bildet sich darüber sein eigenes Urteil. Ich kann dazu nur sagen: Was soll's?

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf ein Beispiel zurückkommen, das ein Redner der SPD gebracht hat, nämlich das Problem Weiden. Anhand eines Arbeitsmarktberichts wollen wir einmal nachforschen. In Ihrer Presseerklärung vom 14. Juli auf Seite 6 ist das Beispiel Weiden genannt:

Die Statistik der Arbeitsverwaltung hat Ende Mai eine Zunahme der Bewerber um 32 Prozent

– Es kann erstens einmal nicht wahr sein, daß 32 Prozent mehr Jugendliche als im Vorjahr da sind. Es muß schon Gründe haben, wenn die Zunahme überhaupt so groß ist. Ich frage aber nicht nach den Gründen der Zunahme, sondern lese weiter vor:

bei gleichzeitigem Rückgang der angebotenen Stellen um 23 Prozent ausgewiesen. Ein verheerendes Ergebnis!

Ich muß fragen: Kann denn das überhaupt sein? Das sind Extremwerte, Vergleiche mit allen anderen Arbeitsamtsbezirken. Darum habe ich das Problem Weiden herausgegriffen.

Daraus konstruiert die SPD eine katastrophale Lage vor Ort, eine dramatische Situation. Das können Sie in Presseerklärungen vom 13. Mai und 14. Juli nachlesen. Wie sieht die Situation im Vergleich zum Vorjahr, tatsächlich aus? Befragungen des Kultusministeriums bei allen Schulabgängern in Weiden haben ergeben, daß in diesem Jahr 12 Prozent mehr Schüler die Schule verlassen, nicht etwa 32 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr hatten bereits Anfang Mai 27 Prozent mehr Schulabgänger einen Ausbildungsvertrag in der Tasche.

(Staatsminister Jaumann)

(Abg. Karl Heinz Müller: Das sagt doch überhaupt nichts!)

Bei den Hauptschülern waren es sogar mehr als 30 Prozent. Natürlich sind damit noch lange nicht alle Probleme gelöst, doch darf man diese positiven Ergebnisse nicht übersehen oder gar verfälschen. Tatsache ist jedenfalls, daß die bayerischen Wirtschaftskammern bis Ende Juni eine Zunahme der registrierten Ausbildungsverhältnisse um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Das sind Zahlen, die richtig sind. Diese Leute haben einen Ausbildungsvertrag. Das sind keine Karteileichen, wie sie zweifellos von den Arbeitsämtern mitgeführt werden, weil sie gar nicht anders können, als diese Karteileichen mit zu melden.

Wenn übrigens in dem Zusammenhang Frau Jungfer von einem „unglaublichen“ Wort des Ministerpräsidenten spricht, der die Frage aufgeworfen hat, ob das Ausbildungsstellenmonopol der Bundesanstalt noch richtig oder falsch sei, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was ich sagen soll.

(Zuruf der Frau Abg. Jungfer – Abg. Karl Heinz Müller: Vermittlungsmonopol!)

Das ist eine wahnsinnige Aufblähung in der Sprache und in der Sachdiskussion.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie doch die Kirche beim Dorf! Es war ein Wort des Ministerpräsidenten aus Sorge um unberechtigte Zahlen. Das wird er doch noch sagen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Es bleibt natürlich unbestritten, daß es aller Anstrengungen bedarf, um auch in diesem Jahr genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, zumal wegen des Berufswahlverhaltens der Schüler die Nachfrage noch nicht zurückgeht. Hinzu kommt, daß viele Betriebe seit Jahren über ihren Bedarf hinaus ausbilden. Sie tun dies trotz hoher Kosten, vor allen Dingen auch aus gesellschaftlicher Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Es gehört dazu, daß man der bayerischen Wirtschaft wegen ihrer großen Leistungen auch einmal ein Dankeschön sagt, als immer nur alles in den Dreck herunterzuziehen.

(Beifall bei der CSU)

In den letzten 10 Jahren hatten wir eine Steigerung der Ausbildungsplätze um 77 Prozent in Bayern. Ohne staatlichen Zwang wurden die Ausbildungsplätze vermehrt, und da wissen wir nichts Besseres als ständig alles herunterzuspielen und zu sagen, das hat keinen Sinn, wir müssen es anders machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, es wäre wirklich notwendig, die Betriebe in dieser ihrer Aufgabe zu unterstützen, als ihre Leistungen ständig madig zu machen. Ich halte es für eine Mißachtung der Lehrstellensuchenden, wenn

zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Tarifverhandlungen noch höhere Ausbildungsvergütungen verlangt werden. Ich halte das für einen Fehler. Das wird man doch sagen dürfen, ohne gleich in den Geruch zu kommen, unsozial zu sein. Auch von einer Forderung nach Übernahmegarantie halte ich nichts. Wir haben die Betriebe animiert, mehr auszubilden, als sie selber brauchen können, und wenn sie das tun, kann man ihnen keinen Vorwurf machen, wenn sie die Ausgebildeten nicht übernehmen können. Wie soll mit diesen Vorwürfen das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik aufrechterhalten werden? Das wirkt sich auf Dauer nur zu Lasten der Lehrstellensuchenden aus. Darum müssen wir uns dagegen wehren.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Was soll die Forderung zu einem Zeitpunkt, wo noch gar nicht feststeht, daß wir überhaupt Lehrstellenmangel haben. Bis heute kann man jedenfalls noch von keinem Lehrstellenmangel sprechen. Was soll die Forderung nach Sonderprogrammen und außerbetrieblicher Ausbildung? Ich kann nur feststellen, daß dort, wo Sonderprogramme bisher gelaufen sind, die Situation ganz entscheidend schlechter ist. Die sozialdemokratischen Landesregierungen haben Sonderprogramme gemacht. Es ist aber dort schlechter geworden.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

Natürlich gibt es regionale Unterschiede. Auch das Handwerk ist nicht davon überzeugt, daß Sonderprogramme die richtige Methode sind, um Ausbildungswilligen auf Dauer einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Entartungserscheinungen, ich kann es nicht anders ausdrücken, sagen. Zum Beispiel hat ein Bund für Sozialarbeit Friseure ausgebildet, von einem Institut wurden Hauswirtschafterinnen ausgebildet, in Hessen hat eine Jugendwerkstatt in neuen Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen Lernen, Arbeit und tägliches Leben ausgebildet. Das ist doch im Grunde genommen alles Humbug. Wir machen den Lehrlingen etwas vor, anstatt ihnen die Ausbildungsstellen zu geben, aufgrund derer sie aller Voraussicht nach wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Meine Damen und Herren! Was sollen wir mit Sonderprogrammen, wenn wir sehen, daß genau dort, wo sie seit vielen Jahren durchgeführt werden, die Situation schlechter geworden ist? Die Situation ist dort viel schlechter als bei uns in Bayern und wird immer noch schlechter trotz oder vielleicht gerade wegen dieser teuren Sonderprogramme. Es kann kein sinnvolles Programm sein, Jugendliche ständig am staatlichen Zügel zu führen. Der Kampf des Lebens beginnt bereits mit der Lehrstelle und nicht erst, wenn die Lehrzeit beendet ist. Mit derartigen Programmen fördert man im Grunde genommen nur ein Anspruchsdenken und eine Lethargie, die der Sache nicht dienlich ist.

Meine Damen und Herren! Ich meine, daß wir alles tun müssen, um so viele Lehrstellen wie möglich bereitzustellen.

Zweiter Vizepräsident Lechner: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Loew?

Staatsminister Jaumann: Ja.

Loew (SPD): Herr Staatsminister, haben Sie die Erfahrung, daß staatliche Zusatzprogramme die Ausbildungsstellensituation regional verschlechtern, auch in Bayern dadurch machen können, daß nach Einstellung der sektoralen Förderungsprogramme die Ausbildungsstellensituation in diesen Bereichen regional besser geworden ist?

Staatsminister Jaumann: Mir ist nicht bekannt, wo in Bayern ein sektorales Programm aufgelegt worden sein soll.

(Abg. Loew: Wir hatten ein Ausbildungsförderungsprogramm in strukturschwachen Gebieten)

– Das ist ein regionales Programm.

(Abg. Loew: Ist die Situation besser geworden, als dieses Programm eingestellt wurde?)

– Es ist nicht besser geworden, es ist aber auch nicht schlechter geworden.

(Widerspruch des Abg. Karl Heinz Müller)

Nein, meine Damen und Herren, ich würde gerne einmal mit Ihnen ein Gespräch darüber in aller Breite führen. Die Situation ist nicht besser geworden, sie ist auch nicht schlechter geworden.

Ich möchte zum Schluß kommen. Bis jetzt wissen wir noch nicht, wie groß die Nachfrage nach Lehrstellen sein wird. Ich rechne fest damit, und es spricht alles dafür, daß wir einen Lehrstellenplatzüberhang haben werden.

Sicherlich wird es in regionalen Bereichen Schwierigkeiten mangels genügender Mobilität geben. Da wird uns etwas einfallen müssen. Ich teile die Auffassung der Kollegen von der CSU, die gesagt haben, Mobilität hat auch ihre Grenzen. Wir sollten uns die Situation offenhalten und, wenn sich die Fakten eingestellt haben, etwas tun. Da kann man auch durchaus schnell etwas tun. Meine Damen und Herren, es ist nicht so, daß wir heute etwas beschließen müßten. Es genügt absolut, wenn sich im September herausstellen sollte, daß über das zumutbare Maß an Mobilität hinaus Lehrstellenmangel herrscht, einen Beschluß zu fassen, der innerhalb von acht Tagen umgesetzt werden kann.

(Abg. Niedermayer: Der Beschluß ist ja klar, der Beschluß besteht!)

Das ist keine Frage, das sage ich bewußt. Was kann es denn sein? Es kann ja nur Geld für Auszubildende sein, und das läßt sich in der Tat sehr schnell rechtfertigen.

(Zuruf des Abg. Hiersemann)

Jedenfalls im jetzigen Augenblick ist kein Ansatzpunkt und keine Notwendigkeit da. Es wäre sogar

fahrlässig, wenn jetzt ein solcher Beschluß gefaßt würde.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hiersemann: Aber Förderungsprogramme helfen doch nicht!)

Präsident Dr. Heubl: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Kobler!

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine verehrten Damen, meine Herren! Trotz der fortgeschrittenen Zeit erlaube ich mir, noch kurz in Stichpunkten zu drei Themen Stellung zu nehmen, und zwar zu dem Sonderprogramm der SPD vom 14. Juli dieses Jahres, zu der Berufswahl bei den Mädchen – zur Situation generell, wie sie bereits von Vertretern der SPD angesprochen wurde – und zu dem Vermittlungsmonopol.

Meine verehrten Damen, meine Herren! Mit den Forderungen aus dem SPD-Programm dieses Monats – Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe, Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze und Einführung eines 10. Pflichtschuljahres – und weiteren Programmen schaffen Sie wirklich keinen einzigen Ausbildungsplatz mehr, sondern strapazieren Sie Handwerk und Wirtschaft und ruinieren sogar weitere Ausbildungsplätze.

(Zustimmung bei der CSU – Abg. Hiersemann: So ein Quatsch!)

Meine verehrten Damen, meine Herren, Herr Präsident! Mit dieser in diesem Papier geforderten Ausbildungsplatzabgabe belohnen Sie diejenigen, die sich bisher der Ausbildungspflicht entzogen haben, und bestrafen die, die aufgrund ihrer Verantwortungsbereitschaft in den letzten Jahren über das normale Maß hinaus ausgebildet haben. Wir von der CSU lehnen diese Forderung nach Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe mit einem ganz klaren Nein ab.

Nun zur Situation der Berufswahl bei den Mädchen. Herr Kollege Müller, Sie haben versucht zu dramatisieren, Sie haben versucht, Hoffnungslosigkeit zu schüren. Ich gebe zu, es gibt momentan bei der Berufswahl der Mädchen einen bestimmten Engpaß. Herr Wirtschaftsminister Jaumann hat darauf hingewiesen, daß sich im September verschiedene Zahlen genau anders darstellen werden. Wir wissen um das Problem der Vielfachbewerbungen. Wir wissen auch, daß sich derzeit noch viele Mädchen, genauso auch Buben, dafür entscheiden, eventuell den Weg über eine weiterführende oder berufsbildende Schule einzuschlagen.

(Zuruf von der SPD)

Bei den Mädchen haben wir bei der Berufswahl und der Vermittlung von Arbeitsplätzen wesentlich mehr Beweglichkeit, als weithin angenommen wird; Beweglichkeit, indem zusätzliche Ausbildungsberufe und andere Branchen erschlossen werden. Wir haben hier das ganz typische Problem, daß von rund 450 staatlich anerkannten Berufen allein rund 30 Prozent für Mädchen überhaupt nicht in Frage kommen. Viele Mädchen finden eben ihren Traumberuf nicht, weil sie sich vor allem auf 10 verschiedene Berufe konzentrie-

(Kobler [CSU])

ren; allein 70 Prozent der Mädchen wollen in Dienstleistungsberufe wie Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin oder Schreibberufe. Hier, glaube ich, muß bei der Berufsaufklärung angesetzt werden, sie muß intensiviert werden, damit die Palette auch für die Mädchen vorweg breiter gestaltet wird. Es muß uns zu denken geben, wenn sich 30 Prozent der Mädchen auf 290 verschiedene Ausbildungsberufe verteilen.

In den letzten Jahren können wir erfreulicherweise feststellen, daß sich die Mädchen von dieser Engstelle mehr und mehr entfernen, vom herkömmlichen Rollenverständnis loslösen und mehr technischen Berufen zuwenden. Aus eigener Kenntnis darf ich Ihnen sagen, daß Sprüche wie, Mädchen seien technisch unbegabt, längst haltlos sind, denn die Erfahrungen bei der Ausbildung der Mädchen in sogenannten Männerberufen sind sehr, sehr positiv. Zahlreiche Mädchen haben in der Zwischenzeit die Ausbildungschancen in Berufen wie Maschinenschlosser und Werkzeugmacher genützt, und ich muß sagen: Respekt davor! Die Mädchen stehen in diesen Berufen wahrlich ihren Mann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:
Das haben wir immer behauptet!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was dabei vor allem noch interessant ist: Die Mädchen, die dort ausgebildet wurden, sind wesentlich leichter zu vermitteln als eine Verkäuferin oder Arzthelferin. Ich gebe Ihnen nur einige Zahlen aus meinem Arbeitsamtsbezirk Passau bekannt. Dort entfallen derzeit auf 1197 gemeldete Stellen des gewerblich-technischen Bereiches 1130 Bewerber, darunter 195 Mädchen, das heißt, annähernd 20 Prozent streben diese Berufsausbildung an. Wir haben hier für eine große Zahl von Mädchen ein wirklich großes Feld von Berufsmöglichkeiten vor uns, wohin die Leute durch verstärkte Berufsaufklärung, vielleicht auch durch das Zusprechen von Mut, vermittelt werden können. Ich glaube, daß gerade bei solchen Männerberufen manch schablonenhafte Klischees in bezug auf Mädchen abgebaut werden müssen, wozu natürlich auch Eltern und Schulen entsprechend beitragen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Nächster Redner, Herr Kollege Werner!

Werner (SPD): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Je länger eine solche Debatte dauert, desto mehr reizt es einen, Verschiedenes aufzugreifen, was von den Vorrednern dargelegt worden ist. Dabei muß ich allerdings eines an die vorderste Stelle rücken, nämlich den Streit um die Statistiken der Arbeitslosen im Bundesgebiet und in Bayern.

Es hat sich herausgestellt, jedenfalls sind wir der festen Überzeugung, daß die Zahlen, die wir gebracht haben, stimmen. Wenn man den Anteil der Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Bundes-

gebiet und in Bayern miteinander vergleicht, und dazu sind uns die neuesten Zahlen vom Arbeitsamt Südbayern zugänglich, wurden in Bayern Ende Juni insgesamt 314 046 Arbeitslose gezählt, davon 25205 jugendliche Arbeitnehmer, genau 8 Prozent, und im Bundesgebiet 2 126 655 Arbeitslose insgesamt, davon Jugendliche 168 252, 7,9 Prozent. Damit ist, glaube ich, dieser Streit aus der Welt geschafft.

Noch einiges zu Herrn Kollegen Stein. Sie haben da einige Bemerkungen, die Sie, vielleicht der Situation ganz unangemessen, über die erfreuliche Ausweitung der Arbeitsbelastung in Ihrem Beruf aufgrund der Steuergesetzgebung von Bonn gemacht haben, zum Anlaß genommen, sich zu empören, als ob wir diese Zahlen bezweifeln. Allerdings möchte ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Kollegin Jungfer schon im Alter von 13 Jahren gezwungen war, durch Arbeit zum Lebensunterhalt ihrer Familie beizutragen, und daß sie sich Schule und Studium neben dem Beruf ermöglicht hat. Sie haben nämlich gesagt, sie habe noch nie gearbeitet. Ich hoffe, Sie werden es zurücknehmen.

(Zustimmung bei der SPD)

Überhaupt, die Auseinandersetzung findet ja jetzt über Statistiken statt, und ich möchte dazu aus meiner eigenen Erfahrung mit Statistiken im Bereich der Kammern einiges von mir geben. Ich bin nämlich 9 Jahre lang Mitglied im Berufsbildungsausschuß einer Industrie- und Handelskammer gewesen. Da war es so, daß wir in unserem Gremium an erster Stelle Bescheid gewußt haben, was in der Kammer bei der Berufsbildung los war, daß wir aber nicht im September Bescheid gewußt haben, wie viele Auszubildungsverhältnisse es etwa gab, sondern frühestens zu Weihnachten, weil nämlich da in der Regel die Probezeit abgelaufen und dann überschaubar war, was überhaupt an Ausbildungsstellen im jeweiligen Jahr zur Verfügung stand. Im September kann das noch keine Kammer sagen, geschweige denn jetzt, wie die Entwicklung in ihrem Bereich etwa verlaufen wird.

Zweitens. Die Staatsregierung liegt mit ihrer Umfrage an den Schulen auf diesem Sektor total falsch. Jugendliche schicken oft 20, 30 Bewerbungen an die Betriebe, bekommen keine Antwort und wiegen sich in der Hoffnung, daß es, wenn Sie kein Nein kriegen, vielleicht doch ein Ja ist, und geben natürlich bei der Umfrage an der Schule an, daß sie schon eine Ausbildungsstelle in Aussicht haben.

In Wirklichkeit kommt im Laufe der Ferien oder des Septembers das bitterböse Erwachen, und plötzlich stehen sie ohne da. Das sind dann diejenigen, die man hinterher in irgendwelche „Schubladen“ tut, spricht Beschäftigungstherapie; in Grundbildungsjahre oder Wiederholung des letzten Volksschuljahres oder ähnliche Dinge, in die jemand nur geht, wenn er absolut keine Ausbildungsstelle mehr findet. Dann wird er von der Statistik natürlich nicht erfaßt. Wenn er dann aber herauskommt und immer noch nichts hat, resigniert er halt und meldet sich erst gar nicht; vor allem wenn es Mädchen sind; in den Statistiken

(Werner [SPD])

der Arbeitsämter erscheinen die Mädchen ja auch nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem Grunde kann man natürlich mit Statistiken alles beweisen. Ein bißchen mehr Wirklichkeitsnähe und Kontakt zu den Betroffenen würde auch manche von Ihnen zu einer anderen Ansicht bringen.

Ich möchte noch einen Bereich ansprechen, der mir vom Landesarbeitsamt besonders ans Herz gelegt worden ist: die Probleme der Mädchen, die eine qualifiziertere Schulbildung in Randgebieten bzw. Schwerpunkten unserer Arbeitslosigkeit haben, in Zonenrandgebieten etwa. Sie werden, nachdem sie ihre Chance erfreulicherweise wahrgenommen haben, jetzt von ihrer ganzen Umwelt beobachtet, ob sie die ganze Ausbildung nicht etwa umsonst gemacht haben, weil sie keinen entsprechend qualifizierten Anschluß finden. Für sie ist eine überbetriebliche Ausbildung in den Problemgebieten das einzige, was wir vom Staat aus tun können. Ich will nicht mehr sagen, aber dies ist auch eine direkte Folge der Bildungsexplosion auch in Bayern. Die Staatsregierung sollte dies viel stärker beobachten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Letzter Redner in der Aktuellen Stunde, Herr Kollege Dr. Goppel!

Dr. Goppel (CSU): Meine werten Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir diese Stunde vor uns Revue passieren lassen, kann man feststellen, daß wir uns wohl quer durch das Haus in dem Ziel einig sind, jungen Leuten in unseren Lande zu helfen, daß sie nicht ohne Ausbildungsplatz bleiben.

Herr Kollege Werner, ich bin sehr einverstanden, daß Sie jetzt erklärten, daß man eine andere Statistik gemeint hat. Aber wir reden von den Auszubildenden ohne Ausbildungsplatz. Da sind vorhin andere Statistiken eingeführt worden, die damit zwar verbindbar waren, aber nicht effektiv zu tun haben. Es ist klar, daß jugendliche Arbeitslose in der Statistik anders zu beurteilen sind als die Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen. Sie haben dies miteinander vermischt, und das ist unredlich.

Deswegen komme ich zu der ersten Folgerung, daß Ihre Zahlen zwar im Einzelfall richtig sein mögen, daß sie für die Diskussion in der Sache aber nicht unbedingt behelflich sind. Das möchte ich ausdrücklich zugestehen.

(Abg. Dr. Böddrich: So ist es!)

Wenn wir einmal ganz nüchtern zusammenzählen, können wir feststellen: Wir sind in diesem Jahr in keiner schlechteren, sondern in einer besseren Position als in den Vorjahren. Das müssen Sie den jungen Leuten sagen, die auf der Suche sind, und nicht, was Sie ihnen draußen erzählen: Ihr armen Kerle; das, was der Kohl versprochen hat, ist nicht wahr! Sie müssen ihnen vielmehr mit uns sagen: Es sieht so

schlecht nicht aus; das Versprechen ist zwar noch nicht eingelöst, das sei zugestanden, aber im September/Oktober wollen wir einmal sehen. Lassen Sie uns das miteinander sagen, dann wären wir einen Schritt weiter. Ich verwahre und wehre mich nur dagegen, den jungen Leuten jeden Tag Angst zu machen und einzureden, es gehe ihnen schlechter als letztes Jahr. Das ist doch nicht wahr!

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothemund:
Hier soll was geschehen!)

– Nach dem, was wir miteinander festgestellt haben, bin ich bei allen Unterschieden in der Argumentation, Herr Kollege Rothemund – Sie haben gesagt, die Frau Kollegin Geiss-Wittmann habe das innere Engagement; ich kann dies nur voll unterstreichen –, durchaus Ihrer Meinung, daß es Bereiche gibt, in denen wir etwas tun müssen. Das wird gar nicht bestritten. Und es gibt auch Bereiche, in denen sektoral oder regional besondere Hilfen notwendig sind. Auch das ist unbestritten. Das hat der Herr Wirtschaftsminister ja auch gesagt. Das heißt also, es lohne sich, sich weiter für positive Bilanzen einzusetzen.

Aber dann kommt der Kollege Jena und erzählt uns was von Berufsinfo in Fürstfeldbruck; es ist mein Bereich. Da hätte das Arbeitsamt vier Wochen gebraucht, um dem Kultusministerium zu sagen, daß es nicht bereit sei, draußen vor Ort eine örtliche Beratung zu machen, und deshalb hätte man ministeriumsseits abgelehnt. Ja, was ist dann falsch an der Aussage des Ministerpräsidenten, daß die ihr Monopol nicht richtig handhaben? Er sagte ja gar nicht, daß sie es falsch machen; er sagte nur, sie handhaben es nicht richtig. So war es in Fürstfeldbruck. Also hier können wir etwas ändern. Eine offenere Arbeitsvermittlung, wie wir sie wünschen, hat nichts mit kommerzieller Arbeitsvermittlung zu tun.

(Zuruf der Frau Abg. Jungfer)

Ihre Feststellung, Frau Kollegin Jungfer, „Klassenkampf von oben“ und was weiß ich sonst noch, ist doch unerträglich und hat mit der Sache nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Wie können Sie unterstellen, wenn jemand Arbeit vermittelt, wenn Lieschen Müller ihrer Tochter eine Stelle vermittelt, sie sei deswegen gleich eine, die im Sinne des Klassenkampfes von früher arbeite? Wenn das Arbeitsamt deswegen Bußgeld auferlegen kann, muß dies unterbunden werden. Dies darf nicht sein.

(Beifall bei Teilen der CSU)

Es ist ein Widerspruch in sich, wenn ich hergehe und sage, die geschlossene Arbeitsvermittlung mit Mehrfachbewerbungen, die da gegeben sind, sei unser großes Problem. Gerade hat Herr Werner gesagt, sie bewerben sich an vierzig Stellen. Aber es gibt Meister, die jungen Leuten direkt helfen, so daß diese dann nicht von Stelle zu Stelle sich wunschreiben. Die Leute sind bekannt miteinander, sie gehen zu dem Meister hin und bewerben sich nicht bei vierzig Stellen. Sie werden so nicht von dem Monopol erfaßt, das zu Schwierigkeiten für den einzelnen Jugendli-

(Dr. Goppel [CSU])

chen führt. Wollen Sie das nicht befürworten? Ist es nicht sinnvoll, daß es möglichst viele im eigenen, persönlichen Bezugsbereich machen? Warum wollen Sie einen Plan oder den Staat, wenn der Mensch Arbeit besser vermitteln kann?

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abg. Jungfer)

Die Lücken, die später wegen des Geburtenrückgangs entstehen werden, interessieren Sie gar nicht. Sie sagen, jetzt machen wir große Ausbildungswerkstätten; es müssen gemeinschaftlich staatlich geplante Dinge gemacht werden. Aber in zwei Jahren brauchen wir sie nicht mehr. Das interessiert Sie gar nicht. Es muß uns aber interessieren, wenn wir nicht Mittel aufwenden wollen, die wir nächstes Jahr für was anderes brauchen. Wir können jetzt nicht alles da ausgeben, wenn wir es nächstes Jahr woanders brauchen.

Lassen Sie mich schließen. Ausbildungswerkstätten, wie Sie sie wünschen, da zu halten, wo nebensächlich nicht Arbeitsplätze sind, wird unsinnig sein. Ich kann doch nicht jemanden hinten in Grassau an fünfzig Ausbildungsplätzen ausbilden, wenn ich weiß, daß er nachher nach Kiel muß, um eine Stelle zu kriegen. Dem gauke ich doch drei Jahre nur vor, daß er in einem Bereich ausgebildet wird, in dem er auch einen Arbeitsplatz kriegt. Sie müssen ihn dort ausbilden, wo er auch eine Chance hat.

Und ich bitte Sie sehr herzlich: Gehen Sie konkreter vor, gehen Sie an den Einzelfall ran; kümmern Sie sich um die, die Sorgen haben. Lassen Sie sich von Stingl mit uns beschimpfen, wenn Sie gelegentlich gegen seine Vorschriften verstoßen, wenn Sie dafür einem jungen Menschen helfen können. Die wollen Ihre Hilfe, nicht dauernd dieses Gerede und Geplänkel.

Insofern möchte ich allen danken, die in dieser Diskussion sachlich begründet haben, daß weiteres Engagement notwendig ist; daran gibt es gar keinen Zweifel. Wer hier verängstigt, darf sich nicht wundern, wenn junge Leute mit solchen Impulsen nichts anfangen können. Und zur Entkrampfung dessen, was Sie gesagt haben, Frau Kollegin Jungfer, wirklich scherzhaft angemerkt: Wenn Sie mit 13 Jahren gearbeitet hätten, hätten die von Ihrer Regierung verabschiedeten Jugendarbeitsschutzgesetze Ihren Eltern sicher erhebliche Probleme gemacht. Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Kollegen Hollwich.

Hollwich (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frau Kollegin Geiss-Wittmann glaubte aus meinen Ausführungen herauszuhören, daß ich jeden, der private Initiativen ergreift, um jemandem zu einer Lehrstelle zu verhelfen, als Zuhälter ansehe. Das habe ich nicht gesagt; und das war aus meinem Diskussionsbeitrag auch nicht so zu verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe darauf hingewiesen, daß das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt sehr wohl seine Berechtigung hat und eine Lockerung oder Beseitigung bewirken würde, daß geschäftstüchtige Leute in unserem Lande dieses zu Lasten der Arbeitslosen ausnützen, so daß wir sehr schnell zu einem gewissen Zuhältersystem kämen. Das ist meine persönliche Erklärung hierzu.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Lechner: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5:

Zweite Lesung zum

Staatsvertrag über Bildschirmtext (Drucksache 10/1053)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Staatsvertrages über Bildschirmtext (Bildschirmtext-Staatsvertrag) – Drucksache 10/1054

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Rothe-mund, Dr. Böddrich und Fraktion betreffend Einführung des Bildschirmtextes (Drucksache 10/1122)

Wir haben zehn Berichterstattungen vor uns. Darf ich die Frage stellen, ob es möglich ist, auf diese Berichterstattungen zu verzichten und gleich mit der Aussprache zu beginnen. Wir würden uns auf jeden Fall eine halbe Stunde sparen.

(Beifall)

– Ich sehe Zustimmung des Hohen Hauses. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür und eröffne sofort die allgemeine Aussprache.

Erste Wortmeldung, Kollege Warnecke!

Warnecke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Ich möchte begründen, warum die SPD-Fraktion sich zum Staatsvertrag der Stimme enthalten wird, ebenso zum Ausführungsgesetz. Nachdem die Berichterstattungen abgesetzt sind, werde ich einiges zu dem Begleit Antrag der SPD-Fraktion sagen.

Lassen Sie mich mit Grundsätzlichem zur Frage Staatsverträge beginnen, das parteipolitisch unter uns eigentlich gar nicht so sehr kontrovers sein dürfte. Mit der zunehmenden Menge von Staatsverträgen wird gleichsam eine vierte gesetzgeberische Ebene in der Bundesrepublik eingeführt. Wir haben die Gesetzgebung des Bundestages; wir haben die Gesetzgebung des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates; wir haben die Gesetzgebung der Länderparlamente, und wir haben als vierte Gesetzgebungsebene die Summe der elf Ministerpräsidenten. Die Gesetzgebung der elf Ministerpräsidenten, die die Staatsverträge aushandeln, findet ohne öffentliche Diskussion statt. Sie findet ohne Mitwirkung der Parlamente statt; unter Mitwir-

(Warnecke [SPD])

kung der Parlamente verstehe ich mehr, als ja oder nein sagen zu können. Als Parlamentarier sollten wir ohnehin ein gewisses Mißtrauen haben, wenn sich die elf Herren Ministerpräsidenten auf ein Papier einigen können.

Ich halte es verfassungspolitisch für problematisch, auf der einen Seite für bestimmte Fragen Länderkompetenz zu reklamieren, uns andererseits aber in eine bundeseinheitliche Lösung hineinzwingen zu lassen, und das in einer reinen Ja/Nein-Fragestellung. Wir sollten uns, ohne daß wir auf Länderkompetenz verzichten, überlegen, wie wir als Parlament auf dieses Statsvertragswesen mehr Einfluß gewinnen könnten, und ob wir nicht auch Staatsverträge zweistufig im Parlament behandeln sollten, etwa in der Weise, daß wir in einer ersten Lesung eine grundsätzliche Aussprache darüber führen, was wir von dem Staatsvertrag halten, und dem Ministerpräsidenten jeweils unsere Vorstellungen vermitteln, damit diese in die Verhandlungen einbezogen werden können, um dann in einer zweiten Lesung sechs oder acht Wochen später zu überprüfen, ob unsere Vorstellungen hinreichend berücksichtigt worden sind. So viel zum Thema Staatsverträge. Wenn wir uns nicht weiter entmündigen lassen wollen, sollten wir dieses Statsvertragswesen einmal generell diskutieren.

Nun einige allgemeine Überlegungen zum Thema Bildschirmtext als neuer Kommunikationsform. Ein Ja oder ein Nein zum Bildschirmtext ist wirklich keine Glaubensfrage. Ideologische Grundsatzzdebatten sind hier wohl weniger am Platz als z. B. beim Breitbandkabel.

Bedenken, Wertungen, Schwerpunkt der Zuversicht und Befürchtungen hinsichtlich Btx sind unterschiedlich entwickelt. Ansatzweise herrscht auch bei der CDU/CSU Skepsis; verstärkt herrscht Skepsis in den Reihen der SPD. Wir fragen uns: Wer hat eigentlich nach Bildschirmtext gerufen? Hat es einen Bürger gegeben, hat es einen Verbraucher gegeben, der irgendwo aufgestanden wäre und gesagt hätte, wir müßten endlich Bildschirmtext haben? So etwas hat es nicht gegeben. Diejenigen, die Bildschirmtext wollten, waren ganz andere.

Das war einmal die Bundespost, die Interesse daran hatte, daß ihre Leitungswege verstärkt genutzt werden, damit das Gebührenaufkommen steigt, die lukrativste Einkommensquelle der Post. Es war ferner die Geräteindustrie, die, nachdem aus Schwarz-Weiß-Fernsehen Farbfernseher geworden sind, eine weitere Generation von Geräten in unsere 27 Millionen Haushalte bringen will, nämlich bildschirmtextfähige Geräte.

Kommerzieller Treibsatz waren auch Versandhandel und Banken. Der Versandhandel will sich den Versand der teuren Kataloge sparen und will Bestellung direkt vom Wohnzimmer aus bei den Versandabteilungen. Und die Banken wollen 60 Prozent der Mitarbeiter, die mit dem Verkehr mit Geld beschäftigt sind, allmählich ersetzen.

Es gibt ziemlich übereinstimmende Studien der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen und der Firma Siemens, die dahin gehen, daß durch konsequenten Einsatz des neuen Mediums Bildschirmtext und von anderen Informations- und Kommunikationsmedien in den nächsten 10 bis 15 Jahren bis zu zwei Millionen Arbeitsplätze in einem Bereich von etwa sieben bis zehn Millionen Arbeitsplätzen, die dafür in Frage kommen, vernichtet werden. Jeder vierte bis fünfte Arbeitsplatz in diesem Bereich kann also in den nächsten 10 bis 15 Jahren verloren gehen.

Wir sehen beispielsweise im Bankenbereich schon seit geraumer Zeit den Versuch, Arbeitsplätze zu ersetzen. Zuerst wurden das Kreditkartensystem gefördert, der bargeldlose Zahlungsverkehr durch Scheck, der Automat, aus dem man zur abendlichen oder nächtlichen Stunde Geld ziehen konnte, ohne in die Bank gehen zu müssen. Dies alles geschah, um Arbeitsplätze hinter dem Bankschalter abzubauen. Aus der Sicht der Bankaktionäre und Bankvorstände ist dies ja auch verständlich. Eine Schalterangestellte ratscht mal mit dem Kunden, sie hat einen Acht-Stunden-Tag, sie ist mal krank, hat Urlaub, ist womöglich gewerkschaftlich organisiert – all diese mißliebigen Dinge gibt es nicht in einem vollmechanisierten System, wo jeder menschlich-soziale Kommunikationskontakt ausgeschlossen ist und 24 Stunden am Tag die Maschine bereitsteht.

Ich bedauere deshalb sehr, daß der Themenkomplex zwar fünf Ausschüssen in diesem Hause zur Beratung zugewiesen worden ist, nicht aber dem Sozialpolitischen Ausschuß, in den er in erster Linie gehört hätte.

(Abg. Karl Heinz Müller: Sehr gut! Das hat der Stoiber verhindert!)

Ich habe im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen auf eine Studie hingewiesen, die vor einigen Jahren in „Harvard Business Review“ erschienen ist und dann im „Harvard Manager“, der deutschsprachigen kurzgefaßten Ausgabe abgedruckt war. In dieser Studie wurde ein perfektes System der Ausschaltung des Einzelhandels dargestellt, ein perfektes System der Warenkommunikation direkt vom Hersteller, vom Großhandel hin zum Endverbraucher.

Wenn z. B. im Wirtschaftsausschuß die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß die Großstadt bildschirmtextmäßig dem flachen Land gegenüber bevorzugt werden könnte, frage ich Sie, meine Damen und Herren, ob es voll durchdacht ist.

Wenn wir nennenswerte Einzelhandelskaufkraft auf dem flachen Land in vermehrtem Maße durch Direktverkehr zwischen dem Hersteller oder Großhändler mit dem Endverbraucher abschöpfen, kann der Einzelhandel nicht mehr existieren. Wir werden damit zu Erscheinungen wie in weiten Bereichen der Vereinigten Staaten kommen, wo auf 50 Kilometer Länge und 50 Kilometer Breite kein einziger Laden mehr existiert. Dort muß jeder mit dem Auto zum Einkaufen fahren oder sich alle drei Tage beliefen lassen. Ich

(Warnecke [SPD])

habe es mir vor drei Jahren selber einmal angeschaut.

Von den heftigen Befürwortern des Bildschirmtextsystems wird angeführt, daß kurz- und mittelfristig davon ein bemerkenswerter Arbeitsmarkimpuls ausgehen könnte.

Eine Begleitstudie zum Berliner Bildschirmtext-Feldversuch vom Hertz-Institut sagt aus, daß in der Aufbauphase vom Bildschirmtextsystem in der Bundesrepublik alljährlich ein Nachfrageimpuls von etwa 1 Milliarde DM ausgeht. Wenn man in Arbeitsplätze umrechnet, kommt man auf 6000 bis 8000 Arbeitsplätze, die dadurch geschaffen werden oder, so sagt das Hertz-Institut, bei schwacher Konjunktur im Gerätebereich erhalten bleiben.

Dem gegenüber steht eine mit sehr, sehr viel größerer Wahrscheinlichkeit eintretende Arbeitsplatzvernichtung im ganzen Bereich der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Ich halte es für etwas fragwürdig, hier frohgemut von kurzfristigen positiven Arbeitsmarkimpulsen zu sprechen, die sich in dieser relativ geringen Größenordnung bewegen, nachdem wir mit Sicherheit um die dauerhafte Abträglichkeit des Systems für die Arbeitsmarktentwicklung wissen. Das macht uns sehr skeptisch.

Ich möchte ein anderes Thema ansprechen, das uns im Zusammenhang mit Bildschirmtext skeptisch macht; das ist das Gefährdungspotential, das mit dem Datensammeln und mit dem vielleicht doch nicht weit genug greifenden Datenschutz beschrieben ist.

Unter den vielen Untersuchungen, die die Düsseldorf-Neußer- und die Berliner Feldversuche begleitet haben, war unter anderem auch die Studie von Professor Gallwas, einem Münchener Juristen, der das Gefährdungspotential, das von Bildschirmtext ausgeht, folgendermaßen beschrieben hat: Dieses Gefährdungspotential zeichnet sich aus durch hohe Verfügbarkeit der für das System greifbaren Daten, durch die Qualität und die Quantität der Daten, durch die Umstände der Datengewinnung, durch aktuelle und zu erwartende Zugriffsinteressen auf diese Daten, durch das Datenbeschaffungsinstrument par excellence für Anbieter und Betreiber. Gallwas schreibt wörtlich; ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

Die umfassenden Erhebungs-, Speicherungs- und Nutzungsmöglichkeiten personenbezogener Daten im Bildschirmtext-System lassen für die Kommunikationsfreiheit ebenso wie für die Freiheiten, die Gegenstand der Kommunikation sind, die Gefahr „beobachteter“, „registrierter“, „verdateter“ Freiheit entstehen.

Weiter sagt Gallwas:

Der Schutz der im Bildschirmtext-System gespeicherten Daten hat datenschutzrechtlich eine breite offene Flanke.

Nun gibt es für das Bildschirmtext-System zwei Gesetzgebungsebenen. Die gesetzgebungsrechtliche

Zuständigkeit für das Hardware-System liegt sicherlich beim Bund, bei der Post; sie könnten das System hinstellen, ohne daß die Länder irgendwelche Beteiligungsrechte hätten. Der Bund hat bisher Null, buchstäblich Null getan, um z. B. datenschutzrechtlich durch bereichsspezifische Regelungen, durch spezielle vertragsrechtliche Bestimmungen innerhalb und außerhalb des BGB, durch verbraucher-schutzrechtliche oder fernmelderechtliche Regelungen irgendwelche Eingrenzungen des Bildschirmtext-Systems vorzunehmen, insbesondere auch gegen unkontrollierten Datenabfluß über die Grenzen hinweg.

Nun die Frage: Kann der uns vorliegende Staatsvertrag diese Bedenken ausräumen? Grundsätzlich ist der Staatsvertrag in dieser Situation zu begrüßen. Er stellt den Versuch dar, etwas Ordnung in das technologisch-soziale und rechtliche Chaos zu bringen, das uns die Kapitalinteressen und eine verselbständigte Bürokratie – die Bundespost – unter Duldung der Bundesebene inklusive der Bundesratsebene beschert haben. Insbesondere sind die Regelungen zum Verbraucherschutz und zum Datenschutz prinzipiell – Einschränkungen werden folgen – zu begrüßen.

Doch wie weit greift dieser Staatsvertrag? Im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Länderkompetenz deckt er nur einen relativ kleinen Teil der genannten Problematik ab. Es wäre absolut irrig, meine Damen und Herren, zu glauben, daß wir Parlamentarier mit diesem Staatsvertrag und diesem Begleitgesetz das unsere getan hätten. Auch derjenige, der heute dem Staatsvertrag zustimmt, muß erkennen, daß er hier möglicherweise nur ein Alibi geliefert hat – Zustimmung zum Staatsvertrag als Alibi für freies Laufen aller negativ und kritisch dargestellten Folgen.

Kritik bietet aber auch der Staatsvertrag selbst; ich spreche nur einige wenige Punkte an. Verbraucherschutzrechtlich ist wenig geregelt worden; aber überhaupt keine Rücksicht genommen wurde auf die drastisch herabgesetzte Hemmschwelle bei der Bestellung einer Ware vom Sessel aus; es wurde kein Rücktrittsrecht innerhalb einer bestimmten Frist vereinbart.

Ein weiterer Punkt: Entgegen den bereits 1980 beschlossenen Grundsätzen zu den neuen Medien der Datenschutzbeauftragten sind über das Bildschirmtext-System nach Artikel 11 Meinungsumfragen möglich. Jeder von uns weiß, welche ungeheueren Manipulationsmöglichkeiten hierin liegt. Sogar politische Meinungsumfragen über das Bildschirmtextsystem sollen möglich sein mit einer ganz kuriosen Einschränkung: In den letzten sechs Wochen vor der Wahl sollen diese politischen Meinungsabfragen nicht mehr veröffentlicht werden dürfen. Es ist eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit vorgesehen, wenn so etwas veröffentlicht wird. Eine solche Regelung, die nur mit Hohn und Spott zu überziehen ist, hier aufzunehmen, ist wirklich allzu kurios.

Kritik hat bei den Datenschutzbeauftragten und weit über deren Kreise hinaus auch der Umfang der von der Post gespeicherten Teilnehmerdaten ge-

(Warnecke [SPD])

funden. Hinreichend wäre es, wenn die Post die vom Teilnehmer zu entrichtenden Gebühren und Entgelte in Einheiten und die Summe der von den Anbietern insgesamt von der Post zu beanspruchenden Entgelte speichern würde. Statt dessen wird individuell nach Verbindung, nach Datum, nach Uhrzeit sowie nach der Summe der jeweils aufgelaufenen Vergütung gespeichert.

Es soll angeblich nur Abrechnungszwecken dienen. Wir wissen, daß Telefonrechnungen nur zu 5 Promille nicht bezahlt werden, daß es nur bei 5 Promille aller Telefonrechnungen Ärger gibt. Aber bei Bildschirmtext soll eine haarkleine Speicherung aller Daten erfolgen! Die Verbindungsdaten sollen auch an die privaten Anbieter weitergegeben werden, wenn der Teilnehmer nach Mahnung durch die Post Entgelte nicht bezahlt, aus welchen Gründen auch immer, wohlge-merkt: Entgelte für den privaten Anbieter.

Hier liegt eine Übermaßregelung vor. Die Summe der Entgelte für abgerufene Seiten beläuft sich oft nur auf Pfennigbeträge. Dagegen steht dann die Meldung des Teilnehmers an den privaten Anbieter durch die Post. Er wird daraufhin wahrscheinlich in einen Rechtsstreit verwickelt, der bei 3 DM Entgelt Verfahrenskosten von mindestens 50 DM beim Gericht in der ersten Instanz ausmachen wird. Der bayerische Datenschutzbeauftragte hat uns gesagt, er habe dem nur mit Zähneknirschen zugestimmt. Wir meinen: Wo schon der Datenschutzbeauftragte mit Zähnen knirscht, werden wir nicht frohgemut zustimmen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Kritik begegnet auch die Privilegierung der Kreditgeschäfte. Die Kreditgeschäfte werden hier insbesondere deswegen privilegiert, weil den Teilnehmern nicht mitgeteilt zu werden braucht, daß ihre Daten an Schutzorganisationen, z. B. die Schufa, mitgeteilt werden. Wir meinen, daß dies ein Verstoß gegen das Prinzip des mündigen und aufzuklärenden Bürgers ist.

Weitere Details möchte ich mir sparen. Ich möchte am Schluß nur noch die Frage stellen: Ist wenigstens die Bundespost in diese ohnehin schon kritikwürdigen Datenschutzregelungen rechtlich eingebunden? Die Antwort lautet eindeutig: nein. Die Post ist aufgefordert worden zu erklären, ob sie sich diesen Staatsvertragsregelungen beugen will. Die Post hat mit einem Fernschreiben mitgeteilt: Ja, sie wird sich an diese Regelungen halten. Sie bestreitet im letzten Satz des Fernschreibens die Kompetenz der Länderdatenschutzbeauftragten zur Kontrolle der Posteinrichtungen. Das ist keine rechtliche Einbindung, und das ist keine Unterwerfung unter die Datenschutzregeln des Staatsvertrags; das ist ein verfassungsrechtliches, ein staatsrechtliches und ein verwaltungsrechtliches Wischiwaschi, aber nicht mehr. Was die Zusage der Bundespost bedeutet, sich datenschutzrechtlichen Regelungen zu unterwerfen, hat der nordrhein-westfälische Datenschutzbeauftragte am Beispiel des Düsseldorf-Neus-

ser Feldversuchs dargestellt. Die Bundespost hat dort erst mit zweijähriger Verspätung Datenschutzversprechungen wahrgemacht.

Fazit: Die Summe unserer Bedenken ist zu groß, als daß wir guten Gewissens diesem Staatsvertrag zustimmen könnten. Unsere Enthaltung soll deutlich machen, daß wir von vornherein skeptisch und argwöhnisch sind. Mit den neuen Medien ist es wie beim Flirten; hat man sich einmal darauf eingelassen, ist der Bremsweg manchmal länger als gedacht, insbesondere dann, wenn es bergab geht.

(Abg. Huber (Landshut): Sprechen Sie aus Erfahrung?)

– Denken Sie insbesondere, meine Damen und Herren von der CSU, an das Münchener Kabelprojekt; denn daß es da bergab geht, sehen Sie, aber wie wollen und wie können Sie es aufhalten. Soviel zum Staatsvertrag.

Zum Einführungsgesetz nur ein kurzes Wort. Wir möchten trotz der Kompetenz der sieben Regierungen für die Kontrolle der datenschutzrechtlichen Regelungen festgestellt wissen, daß der Datenschutzbeauftragte in alle Kontrollen mit einbezogen wird. Dies soll deutlicher gesagt werden, als es im Einführungsgesetz steht.

Die SPD-Fraktion hat, um ihre Position deutlich zu machen, einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt, der in den meisten Ausschüssen bis auf einige Punkte positiv verabschiedet worden ist, also auch mit den Stimmen der CSU. In einigen Positionen allerdings hat der Dringlichkeitsantrag Ihre Zustimmung nicht gefunden. Das ist einmal in der Position 3, in der wir die Staatsregierung auffordern, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, daß das geltende Datenschutzrecht des Bundes um bereichsspezifische Regelungen für den Bildschirmtext ergänzt wird. Den ersten Absatz von Ziffer 3 stellen wir nicht mehr zur Abstimmung, aber wir meinen, der zweite Absatz von Ziffer 3 ist nach wie vor relevant und wichtig.

Wir meinen auch, daß wir die Staatsregierung auffordern sollten, über den Bundesrat bessere Verbraucherschutzregelungen zu erreichen, insbesondere ein nachträgliches Vertragsauflösungsrecht innerhalb einer bestimmten Frist.

Der wesentlichste Punkt für uns liegt im Bereich der Arbeitswelt. Im Kulturpolitischen Ausschuß ist schon als Änderung und Ergänzung zu Absatz 1 zur Abstimmung gestellt worden; ich lese die Formulierung vor, weil sie nicht ausgedrückt worden ist:

daß darauf hingewirkt werden soll, daß parallel zur Einführung des Bildschirmtextes Programme aufgelegt werden, die etwaige negative beschäftigungspolitische Folgen der neuen Technologie auffangen.

Dies stellen wir auch hier zur Abstimmung als Ergänzung zu dem ersten Absatz von Ziffer 1.

Der allerwichtigste Punkt für uns aber ist der Passus:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, um die Mitbestim-

(Warnecke [SPD])

mungsmöglichkeit der Arbeitnehmervertretungen beim Einsatz neuer Technologien zu erweitern.

Meine Damen und Herren Kollegen! Diese Formulierung trifft den Nerv der neuen Technologie. Ich persönlich glaube nicht daran, daß wir in den nächsten fünf Jahren eine große Zahl von privaten Haushalten haben werden, die Bildschirmtext im Wohnzimmer stehen haben.

Die Bresche wird im Bereich der inner- und zwischenbetrieblichen Rationalisierung geschlagen werden. Das ist der Bereich, auf den die Anbieter, Siemens und viele andere, genau zielen. Hier werden zunächst Arbeitsplätze vernichtet werden, hier wird die gesamtgesellschaftliche Anpassung an das neue Medium erzwungen werden. Aus diesem Grunde wollen wir der organisierten Arbeitnehmerschaft, den Betriebs- und Personalräten, die Möglichkeit geben, vor Ort über das geltende Mitbestimmungsrecht hinaus an der Einführung oder Nichteinführung der neuen Technologie mitzuwirken. Dies ist für uns ein ganz zentraler Punkt, den wir als Änderungsantrag zur Abstimmung stellen.

Ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, daß es 20 Minuten gedauert hat; dafür hat es keine Berichterstattungen gegeben.

(Abg. Diethel: 10 Minuten hätten auch gelangt!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Nächster Redner, Herr Kollege Dr. Rost!

Dr. Rost (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Warnecke hat die Bedenken formuliert, die die SPD zum Staatsvertrag vorzubringen hat. Es gehört dabei sicherlich zum parlamentarischen Spiel, daß die eine Seite des Hauses, in diesem Falle die Opposition, ich meine es nicht abwertend, ihre Vorstellungen argumentativ überzeichnet. Es gehört ebenso zum parlamentarischen Spiel, daß die andere Seite dagegenhält.

Wenn Sie, Herr Kollege Warnecke, einleitend die Frage nach den Initiatoren gestellt und dahin beantwortet haben: Bundespost, Geräteindustrie und Versandhandel, so klangen dabei Bedenken an, ohne daß Sie diese direkt zum Ausdruck gebracht hätten, daß von dieser Seite überhaupt etwas initiiert werden könnte. In der Auseinandersetzung, die Sie mit den Befürwortern und ihren Begründungen geführt haben, klang für unsere Ohren ebenfalls die bei Ihnen und weiten Kreisen der SPD vorhandene Abneigung gegen technische Entwicklungen heraus, nicht gegen die technische Entwicklung allein, sondern insbesondere hinsichtlich der aus solchen technischen Ent-

wicklungen sich ableitenden Auswirkungen im gesellschaftspolitischen Bereich.

Dies, meine Damen und Herren, ohne damit irgendwie polemisch zu werden, erinnert uns sehr an gewisse Entwicklungen, die wir seit der Industrialisierung in Europa immer wieder beobachtet haben. So sind beispielsweise Weber im schlesischen Raum aufgestanden, um Maschinen zu zerstören, weil sie meinten, damit ihrer Zukunft eine Chance einzuräumen. Ich sage dies ohne jede Polemik und will Sie auch gar nicht persönlich damit treffen. Ich will nur präzisieren, was wir aus Ihren Schlußworten herausgehört haben, und warum wir Sie bitten, auch unsere Argumente zu hören.

Wir sind der Meinung, daß eine technische Entwicklung dem menschlichen Geist immanent ist und wir ganz schlecht beraten wären, möglicher gesellschaftspolitischer Auswirkungen willen diese technische Entwicklung in sich bereits zu hemmen. Dies, meine Damen und Herren, ist nicht unsere CSU-Position. Lassen Sie mich dazu ein paar andere Akzente setzen:

Es ist notwendig, einmal auch die Chancen von Bildschirmtext aufzuzeigen. Da wäre zunächst einmal die Chance für den einzelnen, sich in eigener Initiative Informationen zu beschaffen. Es kann sich für ihn erkenntnisfördernd, bildungsfördernd und somit human für ihn wie ganz allgemein für die Menschheit auswirken.

Zweitens wären die Chancen für die Akzeptanten im Privathaushalt zu erwähnen, der Zugriff auf ein reichhaltiges Informationsangebot zu jeder Zeit. Das heißt, man kann tagsüber beruflichen Verpflichtungen oder privaten Neigungen nachgehen und abends, wenn man nach Hause gekommen ist, per Bildschirmtext die Informationen abrufen, die man benötigt, und auch Informationen weitergeben.

Eine dritte Chance ergibt sich für die Bürokommunikation. Jährlich, so hat man errechnet, steigt der Korrespondenzumfang um fünf Prozent. Die Bearbeitungsvorgänge in den Büros nehmen so gewaltig zu, daß die Kommunikationsprozesse eines Tages manuell und auf Papier gar nicht mehr zu bewältigen sein werden, wenn die Faktoren Kosten, Schnelligkeit und Genauigkeit der Übermittlung berücksichtigt werden. Für die Bürokommunikation bleibt gar nichts anderes übrig, als sich auf die neue Entwicklung und damit auf den Bildschirmtext einzustellen.

Eine vierte ganz allgemeine Chance ergibt sich für die moderne Volkswirtschaft. Nach einer Untersuchung der Baseler Prognos AG aus dem Jahre 1979 ist durch Bildschirmtext keine negative Beschäftigungswirkung in den nächsten Jahren zu erwarten. Zu dem gleichen Ergebnis kommt der Abschlußbericht über Bildschirmtext-Erprobung in Berlin für den Zeitraum von 1980 bis 1983; ich zitiere daraus mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

Der Rationalisierungseffekt wirkt bei jeder neuen Informationstechnik – und hier macht Bildschirmtext natürlich keine Ausnahme – letztlich arbeits-

(Dr. Rost [CSU])

sparend. Ob dies jedoch zu Arbeitsplatzverlusten führt, hängt immer auch von anderen wirtschaftlichen Einflüssen ab, die für die Frage Expansion oder Rückgang im betreffenden Wirtschaftszweig maßgebend sind.

Soweit aus dem Berliner Abschlußbericht.

Entscheidend ist, meine Damen und Herren, daß hier eine Chance für neue Wirtschaftszweige gesehen wird, Stichwort Mikroelektronik.

Herr Kollege Warnecke, Sie haben sich vorhin auf eine nicht genannte Quelle berufen und dabei das Stichwort Siemens erwähnt und ausgeführt, daß in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren 2 Millionen Arbeitsplätze vernichtet würden. Ich nehme an, diese Zahl bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Dem kann ich entgegenhalten, daß ich heute vormittag bei der Firma Siemens war und mich im Bauelementebereich des Zweigwerks an der Balanstraße über das Thema Mikroelektronik informiert habe. Auf meine wiederholten Fragen, ob und welche Arbeitsplatzvernichtungen zu erwarten seien, wurde mir genau gesagt, was sowohl von der Prognos AG festgestellt wurde als auch im Berliner Abschlußbericht enthalten ist, daß derzeit ähnlich wie bei Siemens im gesamten Bundesgebiet eher eine arbeitsintensivere Entwicklung zu erwarten ist und noch Ungewißheit besteht, ob diese arbeitsintensive Entwicklung in das nächste Jahrzehnt hinein anhalten wird oder tatsächlich Arbeitsplatzvernichtungen zu befürchten sind. Im Rahmen meines Besuchs bin ich auch in einem Büro der allgemeinen Verwaltung und Buchhaltung gewesen und habe hinsichtlich der neuesten Computereinsätze gefragt, wie viele Arbeitsplätze hier in den letzten zehn Jahren vernichtet worden wären. Nach kurzen Nachforschungen hat man mir beim Verlassen des Büros mitgeteilt, daß von 53 Plätzen, die vor zehn Jahren hier besetzt gewesen seien, trotz zunehmenden Computereinsatzes jetzt immer noch 50 Arbeitsplätze besetzt seien.

Ich will nicht behaupten, daß meine Informationen der Weisheit letzter Schluß sind. Ich möchte damit aber deutlich machen, daß Vorsicht hinsichtlich solcher Prognosen und vor allem hinsichtlich der Aussage angebracht ist, daß in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren 2 Millionen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland vernichtet würden. Von anderer Seite wird dies nämlich bezweifelt und genau das Gegenteil behauptet.

Damit bin ich beim Stichwort Vorsicht und Unsicherheit. Es ist in der Tat so, meine Damen und Herren, daß bei uns allgemeine Unsicherheit hinsichtlich der neuen Medien herrscht. Wie kann sich der Bürger auch ein Urteil über die Nützlichkeit neuer Medien wie etwa des Bildschirmtextes bilden, wenn er sie überhaupt nicht kennt. Erschwerend kommt hinzu, daß die Diskussion über Bildschirmtext wie über andere Informationstechniken auch häufig zu wenig rational, vielmehr emotional und zu sehr voreingenommen statt argumentativ geführt wird. Diese Form der Auseinandersetzung verunsichert den Bürger noch mehr.

Die Unsicherheit des einzelnen gegenüber Staat, Behörden und Unternehmen wird mit dem Hinweis auf angebliche Datenschutzängel und angeblich einseitige Vorteile für eine Bevölkerungsschicht und Nachteile für die andere Bevölkerungsschicht zusätzlich gefördert.

Gewiß geht es um den einer Demokratie angemessenen Freiraum des Bürgers einerseits wie um die Zuständigkeit des Staates und seiner Organisationen andererseits, geht es dabei auch um Fragen wie Datenschutz und um Kontrolle und Überwachung der Vorgänge. Es muß aber auch anerkannt werden, meine Damen und Herren, daß alle Bedenken bei der Fixierung des Staatsvertrags durch die Büros der Ministerpräsidenten bedacht worden sind und daß ihnen nachgegangen worden ist. Der Staatsvertrag und der bayerische Gesetzentwurf zur Ausführung dieses Staatsvertrages berücksichtigen diese Bedenken. Sowohl der Staatsvertrag als auch das Ausführungsgesetz wollen die Sicherheit des Bürgers gegenüber diesen Einrichtungen stärken und entwickeln. Das muß doch anerkannt werden. Wenn Sie zu sehr die Bedenken artikulieren, müssen wir demgegenüber eben betonen, was ich gerade ausgeführt habe. Zum Thema Datenschutz wird sich in diesem Zusammenhang noch der Kollege Regensburger äußern. Ich will Ihnen nur entgegenhalten, daß in den Ausschlußberatungen auch der Vertreter des bayerischen Datenschutzausschusses zugegen war und auf unsere Frage erklärt hat, daß die notwendigen Schutzvorrichtungen im Staatsvertrag beziehungsweise im Gesetzentwurf zur Ausführung des Staatsvertrages gegeben seien. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, daß auf die Bedenken, die sowohl von Ihnen als auch sonst in der Öffentlichkeit zu hören gewesen sind, entsprechend reagiert worden ist, und zwar sowohl bei der Abfassung des Staatsvertrages selbst, als auch dadurch, daß wir Ihrem Dringlichkeitsantrag entgegengekommen sind.

(Abg. Dr. Rothmund: Aber nicht in den entscheidenden Punkten!)

Ich räume ein, daß wir Ihnen in einem oder zwei entscheidenden Punkten nicht folgen können, Herr Kollege Dr. Rothmund. Ich darf auch jetzt schon ankündigen, daß wir Ihren Änderungsantrag heute nicht annehmen werden, weil wir in der Fraktion übereingekommen sind, daß die Wünsche, die Sie auch darin zum Ausdruck gebracht haben, in den Bericht der Staatsregierung mit aufzunehmen sind, der nach meiner Erinnerung bis 1. Januar 1986 zu erstatten ist. Dann werden wir sehen, ob weitere Maßnahmen notwendig sind.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Wir sehen die Aufgabe der Zeit gerade darin, die Einführung von Bildschirmtext und neuen Medien nicht weiter zu verzögern, insbesondere nachdem zwei Feldversuche durchgeführt worden sind. Wir wollen die Chancen des neuen Mediums fördern, dabei aber Risiken wie Bedenken im Auge behalten. Gesetzliche Maßnahmen sind nur bedingt geeignet, mögliche kulturelle und soziale Entwicklungen beziehungsweise Auswirkungen zu beeinflussen. Daher sind die Be-

(Dr. Rost [CSU])

stimmungen des Staatsvertrags nach unserer Auffassung richtig, weil sie der freien Entwicklung eine Chance bieten und allgemeine ordnungspolitische Entscheidungen vorgeben, wengleich wir einräumen, Herr Kollege Warnecke, daß Ihre grundsätzlichen Überlegungen zum Staatsvertrag durchaus erwägenswert sind. Ihr Vorschlag wird uns deshalb in der Fraktion noch beschäftigen. Ihre Erwägungen wurden auch schon in unseren Reihen vorgetragen.

Ich bitte daher um Zustimmung zum Staatsvertrag sowie zum Gesetzentwurf und um Ablehnung des Änderungsantrags der SPD.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen, meine Herren! Als nächster hat Herr Staatssekretär Dr. Stoiber das Wort.

Staatssekretär Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hohe Haus hat sich mit dem Staatsvertrag über Bildschirmtext, mit dem Bayerischen Ausführungsgesetz zu diesem Staatsvertrag sowie mit grundsätzlichen Fragen betreffend Einführung des Bildschirmtextes in den letzten Wochen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten in fünf Ausschüssen intensiv befaßt. Der Landtag hat dabei die besondere Bedeutung, die dem neuen Medium Bildschirmtext zukommt, zum Ausdruck gebracht.

Dabei haben die Beratungen auch gezeigt, daß es eine Vielzahl ganz unterschiedlicher rechtlicher Probleme gibt, die mit der Einführung von Bildschirmtext auf uns zukommen und die weitere gesetzgeberische Maßnahmen, vor allen Dingen des Bundesgesetzgebers, notwendig machen werden.

Ein breites Spektrum von Einzelfragen ist in den Ausschüssen – und wie ich hier unterstreichen möchte: sehr sachlich – diskutiert worden. Dies unterscheidet sich wohltuend von der sonst geführten Diskussion um die neuen Medien. Auf Einzelheiten möchte ich daher heute nicht eingehen. Nur auf zwei wesentliche Kernfragen, nämlich auf die Frage der Auswirkungen von Bildschirmtext auf den Arbeitsmarkt und auf die Frage des Datenschutzes möchte ich noch einmal kurz eingehen. Dies vor allen Dingen deshalb, weil diese Bereiche auch wesentlicher Inhalt des Dringlichkeitsantrags der SPD-Fraktion sind.

Für die Bayerische Staatsregierung kann ich deutlich erklären: Die Belange des Datenschutzes bei dem neuen Medium Bildschirmtext waren von Anfang an für uns besonders wichtig. Die Ausschußberatungen haben gezeigt, daß insgesamt die Erfordernisse des Datenschutzes im Staatsvertrag über Bildschirmtext optimal gewahrt sind.

Probleme der Auswirkungen von Bildschirmtext auf den Arbeitsmarkt sind für die Staatsregierung ebenfalls von ganz erheblichem Gewicht. Bereits in meiner Einbringungsrede habe ich darauf hingewiesen, daß sich durch die Einführung von Bildschirmtext strukturelle Auswirkungen im Bereich der Wirtschaft und

des Arbeitsmarktes langfristig ergeben werden. Hier müssen positive und negative Arbeitsmarkteffekte in die Bewertung einbezogen werden. Nach den Erkenntnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung gibt es langfristig Gefahren für den Arbeitsmarkt, die man nicht übersehen darf. Es ist dringend notwendig, die Entwicklung in den nächsten Jahren sorgfältig zu beobachten; nur dann können wir politischen Handlungsbedarf, der durch die Nutzung von Bildschirmtext ausgelöst wird, rechtzeitig erkennen.

Ich möchte noch einmal auf Ihre Bedenken, Herr Kollege Warnecke, eingehen. Die ernstesten Sorgen über mögliche negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt, die auch die Staatsregierung teilt, dürfen uns nicht dazu veranlassen, die Entwicklung neuer Medien blockieren zu wollen. Ich bin fest davon überzeugt, daß eine derartige Blockadepolitik erst recht zu negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt führen würde. Wir brauchen eine moderne Volkswirtschaft; Industrie und Wirtschaft, Handel und Gewerbe, Verwaltung und Dienstleistungsunternehmen brauchen den Ausbau moderner Kommunikation und technischer Dienste. Hier gibt es Chancen für Innovationsschübe, für wettbewerbs- und beschäftigungspolitische Impulse. Gerade ein Exportland wie die Bundesrepublik Deutschland kann es sich nicht leisten, solche modernen Entwicklungen nicht weiterhin zu behandeln.

Den Staatsvertrag haben alle Länder gemeinsam unterzeichnet. Er ist bereits verabschiedet in den Ländern Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Auch in den dortigen Parlamenten ist über langfristige Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt nachhaltig diskutiert worden. Aber in den beiden SPD-regierten Ländern Nordrhein-Westfalen und Hessen hat die SPD dem vorgelegten Staatsvertrag zugestimmt. Eine derartig eindeutige Zustimmung der bayerischen SPD vermisste ich leider. Ich brauche nur auf die unterschiedlichen Beschlüsse in den einzelnen Ausschüssen hinweisen, um für mich daraus die Erkenntnis zu entnehmen, daß die SPD in Bayern offensichtlich keine ganz klare Meinung zu diesem neuen Medium hat. Sie will offensichtlich Gegnern keine Angriffsflächen bieten und hat, wie es scheint, klare Aussagen vermieden.

Zu dieser Feststellung werde ich veranlaßt, wenn ich mir die Diskussion um den Dringlichkeitsantrag der SPD vor Augen halte. Diesem Antrag kann weitgehend entweder zugestimmt werden, oder die Anliegen sind bereits aufgegriffen oder erfüllt. So heißt es etwa in Ziffer 2 des Antrags, daß die Staatsregierung aufgefordert wird,

sich im Bundesrat dafür einzusetzen, daß im Interesse des Verbraucherschutzes die bundesgesetzlichen Schutzvorschriften auf Änderungsnotwendigkeiten mit Rücksicht auf die Einführung von Bildschirmtext überprüft werden.

Dieses Anliegen haben sich alle Länder zu eigen gemacht. Die Ministerpräsidenten haben in ihrem Beschluß vom 4. Februar 1983 die Bemühungen der Bundesregierung, rechtzeitig im Bereich des Verbraucherschutzes und anderer Rechtsgebiete ergän-

(Staatssekretär Dr. Stoiber)

zend zum Bildschirmtext-Staatsvertrag die erforderlichen bundesgesetzlichen Regelungen für eine Nutzung von Bildschirmtext zu treffen, ausdrücklich begrüßt. Bereits im Vorfeld zu diesem Beschluß sind die Länder in dieser Frage gegenüber der Bundesregierung initiativ geworden.

Nach Ziffer 3 des Dringlichkeitsantrags soll die Deutsche Bundespost aufgefordert werden,

die materiellen Anforderungen des Staatsvertrages zum Datenschutz (Art. 9) zu beachten und für ihren Bereich entsprechend Vorschriften vorzusehen und sich einer entsprechenden Datenschutzkontrolle nicht zu entziehen.

Wie aus der amtlichen Begründung zum Bildschirmtext-Staatsvertrag hervorgeht, hat sich die Deutsche Bundespost mit Fernschreiben vom 2. Februar 1983 gegenüber den Ländern hierzu bereits verpflichtet. Ich zitiere aus Seite 7 der amtlichen Begründung zu diesem Punkt:

Hinsichtlich der Frage, ob Art. 9 für die Deutsche Bundespost gilt, bestehen Meinungsverschiedenheiten. Die Deutsche Bundespost ist der Auffassung, daß sie durch den Staatsvertrag aus kompetenzrechtlichen Gründen nicht verpflichtet werden kann. Die Länder halten die Post demgegenüber durch Art. 9 für gebunden. Sie sind bei der Formulierung dieser Bestimmung davon ausgegangen, daß die Deutsche Bundespost jedenfalls nach den in Art. 9 enthaltenen Grundsätzen verfahren und für ihren Bereich entsprechende Vorschriften vorzusehen wird.

Die Deutsche Bundespost hat hierzu mit Fernschreiben vom 2. Februar 1983 den Ländern mitgeteilt:

„In der Musterbegründung zum Bildschirmtext-Staatsvertragsentwurf wird davon ausgegangen, daß die Deutsche Bundespost nach den in Art. 9 enthaltenen Grundsätzen verfahren und für ihren Bereich entsprechende Vorschriften – darunter verstehe ich auch Verwaltungsanweisungen – vorzusehen wird. Wie ich Ihrem Fernschreiben vom 01. Februar 1983 entnehme, wären Sie insoweit für eine Zusage des BPM dankbar. Ich teile Ihnen hierzu mit, daß im Bereich der DBP beim Betrieb des Bildschirmtextdienstes die materiellen Anforderungen des Art. 9 des Bildschirmtext-Staatsvertrags beachtet werden. Dabei gehe ich davon aus, daß beim Vollzug der Datenschutzregelungen im Bereich der technischen Einrichtungen der DBP weder Landesdatenschutzbeauftragte noch Landesbehörden unmittelbar Prüfungsrechte haben. Es wird jedoch sichergestellt, daß sich der Vollzug nach den einschlägigen Datenschutzvorschriften richten wird.“

Auch die Ziffer 4 des Dringlichkeitsantrags ist so, wie Sie sie formuliert haben, nicht zutreffend. Es wird dort übersehen, daß die Gebühren für Bildschirmtext von der Bundespost in der Zwischenzeit bereits festgelegt worden sind. Nach übereinstimmender Auffas-

sung aller Beteiligten werden durch diese Gebühren Großunternehmen und große Anbieter nicht einseitig begünstigt.

Mir ist unverständlich, daß die SPD-Fraktion aufgrund dieser von mir hier nochmals dargelegten Fakten, die auch in den Ausschußberatungen von den Vertretern der Staatsregierung vorgetragen worden sind, nicht bereit war, einem gemeinsamen Antrag mit der CSU-Fraktion zuzustimmen. Einen derartigen Beschluß gab es ja nur im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr. Dies ist mir umso unverständlicher, weil das Grundanliegen der Ziffer 1 im Hinblick auf langfristige Auswirkungen auf Arbeitsplätze sowohl von der Staatsregierung wie auch von der CSU-Fraktion unterstützt wird.

Die Staatsregierung ist auch gerne bereit, dem Landtag bis Frühjahr 1986 einen Bericht zum Bildschirmtext vorzulegen. In diesem Bericht kann vor allem zu den Fragen der Arbeitsplatzsituation, des Verbraucherschutzes, der zukünftigen Gestaltung der Gebühren für die Deutsche Bundespost, auch zur Frage, ob die Deutsche Bundespost zu einer Gebührenpolitik veranlaßt werden kann, die für soziale und kulturelle Dienste gemeinnütziger Anbieter gebührende Erleichterungen zuläßt, ausführlich Stellung genommen werden.

Abschließend möchte ich festhalten, daß die intensiv geführte Diskussion über die grundsätzlichen Fragen des Bildschirmtextes von der Staatsregierung ausdrücklich begrüßt wird. Sie sollte beispielhaft sein für die weitere Diskussion, die wir über den Bereich der neuen Medien in diesem Hohen Hause in nächster Zeit zu führen haben werden. Ich bitte um Zustimmung zum Staatsvertrag und zum Ausführungsgesetz.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Rothemund.

Dr. Rothemund (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Warnecke hatte in seinem Diskussionsbeitrag die Aufgabe, insbesondere die Bedenken vorzutragen, die in der Fraktion der SPD bestehen. Ich bitte allerdings, dies nicht mißzuverstehen. Die SPD wendet sich keineswegs gegen den Bildschirmtext als solchen. Wir standen nicht vor der Frage, ob wir den Staatsvertrag ablehnen, sondern wir standen und stehen vor der Frage, ob wir dem Staatsvertrag entweder zustimmen oder uns der Stimme enthalten.

Grundsätzlich sehen wir die Entwicklung in Richtung Bildschirmtext nicht nur für unvermeidlich, sondern für notwendig an. Unsere Stimmabgabe, die eine Enthaltung sein wird, bedeutet also kein Nein gegen den Bildschirmtext, sondern bedeutet im letzten, daß wir glauben, dem Staatsvertrag deswegen nicht zustimmen zu können, weil aus unserem Dringlichkeitsantrag wesentliche Inhalte von Ihnen nicht übernommen wurden.

Wir haben versucht, die wesentlichen Inhalte durch einen Abänderungsantrag zur Abstimmung zu stellen.

(Dr. Rothmund [SPD])

Sie werden sicherlich verstehen, daß uns dabei ein Punkt in besonderer Weise bewegt, nämlich Punkt 1, in dem wir die Staatsregierung auffordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmervertretung beim Einsatz neuer Technologien zu erweitern.

Wenn solche Prozesse stattfinden, weil sie unvermeidlich sind und gewollt werden, werden die Arbeitnehmer davon in besonderer Weise betroffen. Selbstverständlich muß man, weil es um ihr Schicksal geht, alles tun, um den Arbeitnehmervertretungen entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben. Nur dann wird es nämlich gelingen, einen solchen Prozeß so sozial zu gestalten, daß er für alle Beteiligten auch erträglich wird.

Es gibt Streit darüber, wie viele Arbeitsplätze in diesem Zusammenhang vernichtet werden. Gleichgültig, wie das nun sein mag: Es gibt keinen Zweifel daran, daß Arbeitsplätze in erheblichem Umfang vernichtet werden. Diejenigen, die sonst immer davon reden, daß die Mitwirkung der Arbeitnehmer verstärkt werden muß – ich denke an die Mitglieder der Katholischen Arbeiterbewegung, die diesem Hohen Hause angehören –, müßten sich hier angesprochen fühlen; wenn sie nicht mit zweierlei Zungen reden wollen.

Wenn Sie es ablehnen, dies aufzunehmen, ist es uns nicht möglich, dem Staatsvertrag selbst zuzustimmen. Die Behauptung allerdings, das hätte etwas mit Maschinenstürmer-Mentalität vergangener Generationen zu tun, ist unzutreffend. Wir sehen durchaus die Notwendigkeit des Bildschirmtextes ein, erwarten aber auch, daß eine entsprechende Entschließung auf die Probleme hinweist, die gerade für die arbeitenden Menschen in unserem Lande wichtig sind.

Wenn Sie bereit sind, unsere Abänderungsanträge zu der Entschließung zu akzeptieren, wird meine Fraktion dem Staatsvertrag zustimmen; wenn Sie sie ablehnen sollten, davon muß ich nach den bisherigen Diskussionsbeiträgen ausgehen, wird sich meine Fraktion der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Zur Abstimmung werden die einzelnen Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Staatsvertrag über Bildschirmtext. Der Abstimmung zugrunde liegt der Antrag der Staatsregierung auf Drucksache 10/1053. Gemäß § 63 der Geschäftsordnung kann über den ganzen Staatsvertrag abgestimmt werden. Die Ausschüsse empfehlen die Zustimmung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, kommen wir gleich zur Schlußabstimmung.

Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke vielmals. Die Gegenprobe auf dieselbe Weise! – Stimmenthaltungen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über Bildschirmtext. Der Abstimmung zugrunde liegt die Regierungsvorlage auf Drucksache 10/1054. Gemäß § 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung treten wir in die Einzelberatung ein.

Ich rufe auf Artikel 1, Zuständigkeiten. Wortmeldungen? – Keine. Artikel 1 wird von den Ausschüssen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 2, Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz. Wortmeldungen? – Keine. Auch Artikel 2 wird von den Ausschüssen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Wieder so beschlossen, bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Ich rufe auf Artikel 3, Pflichten der Anbieter und Betreiber sowie des Bildschirmtextbeauftragten. Wortmeldungen? – Keine. Die Ausschüsse empfehlen auch hier die unveränderte Annahme. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei gleichem Abstimmungsverhalten wie vorhin so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 4, Kosten der Regierungen und des Technischen Überwachungsvereins Bayern e.V. Wortmeldungen? – Keine. Auch Artikel 4 wird zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Wieder wie vorhin, bei Enthaltung der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe auf Artikel 5, Inkrafttreten. Wortmeldungen? – Keine. Artikel 5 lautet:

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1983 in Kraft.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD so beschlossen.

Damit sind die Einzelberatungen abgeschlossen. Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung in die Schlußberatung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen.

Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen

(Präsident Dr. Heubl)

bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Damit ist das Gesetz bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Es hat den Titel

Gesetz

**zur Ausführung des Staatsvertrages
über Bildschirmtext**

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 10/1122 mit dem Abänderungsantrag, den Herr Kollege Warnecke gestellt hat, nämlich darauf hinzuwirken, daß parallel zur Einführung des Bildschirmtextes Programme aufgelegt werden, die etwaige negative Beschäftigungsprobleme durch neue Technologien aufzufangen in der Lage sind. So ist zwar nicht der Wortlaut, aber der Inhalt des Antrags. Ist das richtig? –

Der Abstimmung zugrunde liegt die vom Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr vorgeschlagene Neufassung und die Ergänzung sowie der Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Rothmund, Dr. Böddrich, Warnecke und Fraktion mit der Ergänzung, die ich soeben vorgetragen habe. Mit Satz 1 des Änderungsantrages begehrt die SPD-Fraktion die Anfügung eines Satzes an die Ziffer 1 der Beschlußempfehlung auf Drucksache 1273.

Ich lasse zunächst über Einleitung und Ziffer 1 des Dringlichkeitsantrages in der Beschlußempfehlung auf Drucksache 1273 abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? –

(Abg. Moser: Herr Matschl hat zweimal abgestimmt!)

– Das ist das ungeheure Temperament des Kollegen Matschl!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Ich bitte, sich aller Beifallsäußerungen zu enthalten. Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über Satz 1 des Änderungsantrags, wonach die Ziffer 1 um diesen Satz ergänzt werden soll. Wer dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt. Damit ist Satz 1 des Änderungsantrages abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Ziffer 2 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei 2 Stimmenthaltungen und 1 Gegenstimme – ist das richtig, Herr Kollege Fendt? –

(Abg. Fendt: Das war eine Gegenstimme!)

so beschlossen.

Mit Satz 2 des Änderungsantrages wird die Erweiterung der Ziffer 2 beantragt. Darf ich um Aufmerksamkeit bitten, damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen, meine Damen und Herren! Wer mit der Erweiterung um Satz 2 des Änderungsantrags bei der Ziffer 2 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Mit Satz 3 des Änderungsantrages wird Einfügung einer neuen Ziffer 3 begehrt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt. Damit ist auch Satz 3 und somit der Änderungsantrag insgesamt abgelehnt.

Ich lasse nunmehr abstimmen über Ziffer 3 und 4 der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr auf Drucksache 1273 mit der Maßgabe, daß in Ziffer 3 Satz 2 nach dem Wort „sozialen“ die Worte „und kulturellen“ eingefügt werden, wie dies der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes vorschlägt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 6:
Zweite Lesung zum

Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (Drucksache 10/42)

Auf die Berichterstattung wird verzichtet. Es wären vier Berichterstattungen gewesen.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Es hat sich Kollege Dr. Schosser zu Wort gemeldet.

Dr. Schosser (CSU): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Abkommen über das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz liegt uns zur Abstimmung vor. Ich möchte hierzu einige Worte verlieren, weil es sich um eine bemerkenswerte Angelegenheit handelt.

Bekanntlich hat dieses Hohe Haus im Jahre 1978, also vor 4 Jahren, bereits die Forderung erhoben, daß Änderungen an diesem Mainzer Institut vorgenommen werden müßten. Das war rund zwei Jahre vor dem Debakel der ärztlichen Vorprüfung 1981, das andere Länder zu Forderungen motivierte. Schon 1979 ging es in diesem Hohen Hause darum, das Prüfungswesen in Medizin und Pharmazie zu verbessern. Inzwischen ist es einhellige Meinung aller, die von der Materie etwas verstehen,

(Abg. Otto Meyer: Einspruch! Nicht aller, die etwas von der Materie verstehen!)

daß es mit dem Prüfungswesen in der Medizin nicht zum besten bestellt ist. Das ist nach wie vor der Fall. Wenn trotzdem meine Fraktion diesem Abkommen zustimmt, tut sie dies in dem Wissen, daß wesentliche Verbesserungen in der Struktur dieses Instituts erreicht worden sind. Vor allem sind die Kontrollmög-

(Dr. Schosser [CSU])

lichkeiten durch unabhängige Persönlichkeiten wesentlich verstärkt worden. Artikel 8 ist fundamental geändert worden. Auch der Verwaltungsrat hat größere Rechte als bisher. Es ist zweifellos eine markante Verbesserung gegenüber dem bisherigen Status erfolgt.

Wenn ich persönlich diesem Abkommen trotzdem meine Zustimmung verweigere, will ich damit zum Ausdruck bringen, daß mir das Erreichte keineswegs ausreichend erscheint. Ich bin der Meinung, daß sich im Prüfungssystem in der Bundesrepublik, was die Medizin betrifft, noch sehr viel mehr tun muß. Ich erinnere daran, woran man, weil wir die Perfektion inzwischen gewöhnt sind, gar nicht mehr denkt, daß es vor 1972 ein solches Institut gar nicht gegeben hat. Ich habe aber nicht gehört, daß die Ärzte, die damals geprüft worden sind, schlechter wären als die, die heute geprüft werden. Ich habe fast die ketzerische Meinung, daß es umgekehrt ist.

Man sollte mit dem Erreichten also nicht zufrieden sein. Die Bayerische Staatsregierung, die bei den ganzen Gesprächen als Vorreiter fungiert und wesentliche Erfolge erzielt hat, muß dennoch darauf hingewiesen werden, daß das Prüfungssystem in der Medizin und die ganze medizinische Ausbildung nicht dem entsprechen, was wir erwarten können. Bayern darf nicht nachgeben, bis die nächste Novellierung der Approbationsordnung auf dem Tisch liegt.

Wie ich einer Korrespondenz entnommen habe, hat der bayerische Innenminister Dr. Hillermeier in massiver Weise die bayerischen Forderungen, die dieses Hohe Haus, wenn ich mich recht entsinne in Allianz aufgestellt hat, erneut auf den Tisch gelegt und vom Bundesgesundheitsminister verlangt, daß gewisse Dinge verändert werden. Herr Dr. Hillermeier, dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken. Sie dürfen davon ausgehen, daß Sie meine Fraktion, die CSU, voll unterstützt, damit wir eine echte Änderung erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Abstimmung zugrunde liegt der Antrag der Staatsregierung auf Drucksache 10/42. Gemäß § 63 der Geschäftsordnung kann nur über das Abkommen im ganzen abgestimmt werden. Die Ausschüsse empfehlen die Annahme. Wer dem beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, kommen wir gleich zur Schlußabstimmung. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Abkommen zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke. Die Gegenprobe auf dieselbe Weise! – Mit Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7: Zweite Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Schosser, Dr. Rost zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHG) – Drucksache 10/578 –

Ich nehme an, daß auf die Berichterstattung verzichtet wird. – Das ist der Fall. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wortmeldung? – Bitte, Herr Kollege Leeb!

Leeb (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, um einen Debattenbeitrag zu bringen, sondern lediglich um darauf hinzuweisen, daß der Inhalt der Drucksache 10/1484 möglicherweise zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen in seiner Sitzung einstimmig dahin entschieden hat, daß anstelle der im Initiativgesetzentwurf vorgesehenen zwei Änderungen des Bayerischen Hochschulgesetzes lediglich eine einzige Änderung dahingehend vorgenommen werden soll, daß Artikel 1 Absatz 2 Nummer 3 des genannten Gesetzes eine Neufassung erhält, wonach der Fachhochschule Nürnberg ein bestimmter Name zugewiesen wird. Soweit meine Klarstellung.

Präsident Dr. Heubl: Die allgemeine Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Abstimmung zugrunde liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 10/578 und die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen auf Drucksache 10/1484. Gemäß § 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung treten wir in die Einzelberatung ein.

Ich rufe auf **Artikel 1**. Wortmeldungen? – Keine. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen schlägt vor, die Nummer 1 gemäß Drucksache 10/1484 zu fassen. Nummer 2 soll entfallen. Wer Artikel 1 mit der neuen Nummer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf **Artikel 2**. Wortmeldungen? – Keine. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen schlägt vor, als Tag des Inkrafttretens den 1. September 1983 einzufügen. Artikel 2 lautet:

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1983 in Kraft.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ein Antrag auf Dritte Lesung wird nicht gestellt.

Wir kommen gemäß Artikel 56 der Geschäftsordnung zur **Schlußabstimmung**. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt

(Präsident Dr. Heubl)

sich nicht. Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich vom Platz)

Da die Abgeordneten des ganzen Hauses stehen, brauche ich die Gegenfrage nicht zu stellen. Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen.

Es hat den Titel:

Gesetz
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 a:
Erste Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des bayerischen Kommunalwahlrechts (Drucksache 10/1158)

Wird dieser Gesetzentwurf von der Staatsregierung begründet? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 b:
Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Rothmund, Hiersemann und Fraktion zur Änderung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) – Drucksache 10/1330 –

Wird dieser Gesetzentwurf begründet? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, diesen Gesetzentwurf erstens dem Ausschuß für Sicherheitsfragen und zweitens dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 c:
Erste Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes über die Sammlung des Bayerischen Landesrechts (Bayerisches Rechtssammlungsgesetz – BayRSG) – Drucksache 10/1474 –

Wird dieser Gesetzentwurf von der Staatsregierung begründet? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 d:
Erste Lesung zum

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über staatliche Auszeichnungen für die Rettung von Menschen aus Lebensgefahr (Drucksache 10/1475)

Wird dieser Gesetzentwurf von der Staatsregierung begründet? – Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen mir keine vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich schlage vor, diesen Gesetzentwurf dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2 e:
Erste Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Ausübung der Zahnheilkunde (Drucksache 10/1476)

Wird dieser Gesetzentwurf von der Staatsregierung begründet? – Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Keine. Die Aussprache ist geschlossen.

Der Gesetzentwurf wird überwiesen dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Damit besteht Einverständnis. So beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 8 a:

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 25. März 1983 betreffend Antrag des Abgeordneten Brückner und der Fraktion der GRÜNEN im Hessischen Landtag; Feststellung über die Zusammensetzung des Hauptausschusses

Über die Beratungen des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/1485) berichtet der Abgeordnete Hilmar Schmitt.

Schmitt Hilmar (SPD): Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat dieses Anschreiben des Bundesverfassungsgerichts in der letzten Woche in seiner Sitzung vom 14. Juli behandelt.

Es geht in diesem Anschreiben darum, daß die Fraktion der GRÜNEN im Hessischen Landtag die Meinung vertritt, daß die Besetzung des Hauptausschusses, der etwa bei uns dem Ältestenrat entspricht, nicht das Stärkeverhältnis der Fraktionen widerspiegelt. Dies wurde im einzelnen dargelegt, und wir sind aufgefordert, uns darüber zu äußern, ob wir uns an dem Verfahren beteiligen.

Der Ausschuß war insgesamt der Auffassung, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, die Fragen der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften der Hessischen

(Schmitt Hilmar [SPD])

Geschäftsordnung nachzuprüfen. Daher der einstimmige Beschluß: Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren. Ich bitte um ein entsprechendes Votum.

Präsident Dr. Heubl: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Bitte die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den irrtümlich nicht numerierten Tagesordnungspunkt:

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 08. Juni 83 betreffend Antrag

1. des Herrn Dr. Thiel, München
2. der Firma NEUBO, Hausverwaltungs GmbH, München,

auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 14 des Bayerischen Gesetzes über das Meldewesen

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/1318) berichtet der Herr Abgeordnete Regensburger.

Regensburger (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich mit der aufgerufenen Verfassungsbeschwerde in seiner Sitzung vom 29. Juni 1983 befaßt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter war Herr Kollege Warnecke.

Der Beschwerdeführer beklagt sich über die Normierung einer Nebenmeldepflicht für Wohnungsgeber nach dem neuen Bayerischen Meldegesetz. Nach der von mir vorgetragenen Auffassung ist die Verfassungsbeschwerde nicht begründet. Ich schlage Ihnen deshalb folgende Beschlußfassung vor:

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird die Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Regensburger bestellt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen mit Mehrheit bei 7 Stimmenthaltungen von seiten der SPD zu. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Präsident Dr. Heubl: Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe auf

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 08. Juni 83 betreffend Antrag des Landesvorsitzenden der Bayerischen Staatspartei – Landesverband Bayern der Europäischen Föderallisti-

schen Partei (EFP) – auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Artikel 63 Absatz 1 des Bayerischen Beamtengesetzes

Über die Beratungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/1319) berichtet Herr Kollege Warnecke.

Warnecke (SPD), Berichterstatter: In seiner 24. Sitzung am 29. Juni 1983 behandelte der Verfassungs- und Rechtsausschuß die aufgerufene Verfassungsbeschwerde. Es geht um die behauptete Verfassungswidrigkeit des Artikel 63 Absatz 1 Bayerisches Beamtengesetz. Der Ausschuß beschloß einstimmig:

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird Abgeordneter Warnecke bestimmt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Erster Vizepräsident Kamm: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

Schreiben des Bundesverfassungsgerichtshofs vom 26. Mai 83 betreffend Verfahren über den Antrag auf Feststellung, die Bundesregierung habe die Informationsansprüche der Antragsteller dadurch verletzt, daß sie keine Auskünfte über die Lagerung chemischer Kampfstoffe erteilt hat

Herr Kollege Warnecke steht schon bereit, um über die Verhandlungen im Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 10/1486) zu berichten. Bitte, Herr Kollege!

Warnecke (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Professor Däubler hat namens 17 beschwerdeführender Bundestagsabgeordneter der SPD-Fraktion Organklage in Karlsruhe eingereicht, weil die Bundesregierung, und zwar sowohl die frühere von der sozial-liberalen Koalition getragene als auch die jetzige Bundesregierung, auf die Anfrage von Abgeordneten stereotyp die Mitteilung der Standorte, an denen chemische Kampfstoffe der US-Armee gelagert werden, verweigert hat. Die Abgeordneten wurden seitens der Bundesregierung jedweder Couleur auf die Mitteilung im geheim tagenden Verteidigungsausschuß hingewiesen.

Begründet wurde die Verfassungsklage damit, daß nach Artikel 38 Grundgesetz jeder Abgeordnete eine umfassende Informationsberechtigung habe, daß das in Artikel 43 Grundgesetz verankerte Zitierrecht gegenüber der Regierung auch eine Auskunftspflicht, und zwar jedem Abgeordneten gegenüber, beinhalte und daß nach Artikel 53 Grundgesetz der Bundesrat zu informieren und somit auch dem Bundestag gleichrangig Auskunft zu geben sei. Schließlich wei-

(Warnecke [SPD])

sen die Organkläger darauf hin, daß die Standorte zur Lagerung chemischer Kampfstoffe in den USA selbst nicht geheimgehalten würden. Somit sei auch eine Geheimhaltung in der Bundesrepublik nicht veranlaßt. Letztendlich dürften Abgeordnete des Verteidigungsausschusses und sonstige Abgeordnete insbesondere nach der Rechtsprechung im Diätenurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht unterschiedlich gewertet werden.

Es wurde kontrovers diskutiert. Mitberichterstätter Dr. Weiß meinte, die Schlußfolgerung, daß alle Abgeordneten gleich informiert werden müssen, abgeleitet aus dem Diätenurteil, sei nicht stichhaltig. Es genüge letztendlich, wenn die Mitglieder des Verteidigungsausschusses unter Geheimhaltung informiert werden.

Der Verfassungs-, Rechts- und Kommunalausschuß kam zu folgendem Ergebnis: Mit 14 Stimmen der CSU gegen 6 Stimmen der SPD hält der Bayerische Landtag die Klage für unbegründet. Wir beschloßen ferner auf Vorschlag beider Berichterstätter, das Ausschußprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt dem Bundesverfassungsgericht zuzuleiten. Ich bitte um Ihr Votum.

Erster Vizepräsident Kamm: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD ist so beschloßen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 10 und 11:

Interpellation der Abgeordneten Tandler, Wünsche und Fraktion betreffend Bayern und die Europäische Gemeinschaft (Drucksache 10/1279)

und

Interpellation der Abgeordneten Tandler, Alois Glück und Fraktion betreffend Luftreinhaltungspolitik und Kraftfahrzeugverkehr (Drucksache 10/1383)

Gemäß § 72 Absatz 2 der Geschäftsordnung frage ich die Staatsregierung, ob und wann Sie die Interpellation beantworten kann oder aus welchen Gründen eine Beantwortung nicht möglich erscheint.

Das Wort hat Herr Staatssekretär Stoiber. Bitte, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Dr. Stolber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bayerische Staatsregierung wird die Interpellationen nach der Sommerpause beantworten.

Erster Vizepräsident Kamm: Die Staatsregierung hat eben mitgeteilt, daß sie die Interpellationen nach der Sommerpause beantworten wird. Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 sind damit erledigt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 12:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; hier: Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder

Mit Schreiben vom 9. Juni 1983 teilt der Herr Ministerpräsident mit, daß die Amtszeit von folgenden berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs abläuft:

1. Dr. Kurt Reichwein, Präsident des Landgerichts München II, geboren 30. September 1929,
2. Dr. Alwin Würstle, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München, geboren 4. Juni 1921,
3. Dr. Herbert Schwarzer, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, geboren am 10. Dezember 1926.

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat der Herr Ministerpräsident ihre Wiederwahl als berufsrichterliche Mitglieder vorgeschlagen. Wortmeldungen dazu? – Herr Kollege Hiersemann, bitte!

(Abg. Möslein, lachend: Wieder das gleiche. Jetzt kann man doch schon auf das Protokoll verweisen!)

Hiersemann (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion in diesem Haus versucht seit längerer Zeit, das Verfassungsgerichtshofgesetz zu novellieren. Wir wollen eine größere Ausgewogenheit der parlamentarischen Beteiligung, insbesondere eine angemessene Beteiligung der Opposition erreichen. Die CSU hat dies bisher abgelehnt. Wir haben auch in der vergangenen Legislaturperiode bei der Wahl von Verfassungsrichtern stets mit Nein gestimmt, weil wir meinen, daß dieses Verfahren dem Hohen Hause nicht angemessen ist. Wir müssen auch heute, da die CSU bisher ihre Haltung nicht geändert hat, mit Nein stimmen. Ich betone allerdings, wie auch in den vorhergegangenen Fällen, daß dies nichts mit den vorgeschlagenen Personen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Wer mit der Wiederwahl der obengenannten Persönlichkeiten zu berufsrichterlichen Mitgliedern des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD so beschloßen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 13:

Vollzug des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat; hier: Benennung von Mitgliedern nach Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes

Der Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus schlägt mit Schreiben vom 16. Juni 1983 als Nachfolgerin für Herrn Kai Fuchs Frau Marianne Bayer als Vertreterin des Bayerischen Jugendrings im Bayerischen Landessportbeirat vor.

Wer der Bestellung zustimmen will, den bitte ich um

(Erster Vizepräsident Kamm)

das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 14:

Vollzug des Lastenausgleichsgesetzes; hier: Wahl eines Mitglieds

Der Präsident des Bundesausgleichsamts hat mit Schreiben vom 15. Juni 1983 mitgeteilt, daß Herr Edmund Leukert, der zugleich langjähriger Vorsitzender des Ständigen Beirats beim Bundesausgleichsamts war, verstorben ist. Gleichzeitig bittet der Präsident des Bundesausgleichsamts, daß ein Nachfolger für Herrn Leukert gewählt wird.

Die vorschlagsberechtigte Fraktion im Bayerischen Landtag, die CSU-Fraktion, schlägt wen vor?

(Abg. Tandler: Herrn Ministerialdirektor a. D. Stroer!)

Es wird vorgeschlagen Herr Ministerialdirektor a. D. Stroer. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 16 und 17:

Antrag der Abgeordneten Gürteler, Heller, Breltraller und anderer betreffend Wettbewerbsverzerrungen (Drucksache 10/15)

und

Antrag der Abgeordneten Schlosser, Falter betreffend Wettbewerbsverzerrungen durch österreichische Firmen im bayerischen Grenzgebiet (Drucksache 10/59)

Soweit ich ersehen kann, sind alle Beschlüsse einstimmig. Wird auf Berichterstattung verzichtet? –

(Zustimmung)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den im Ausschuß zur Information über Bundesangelegenheiten und Europafragen gefaßten Beschlüssen auf den Drucksachen 10/1384 bzw. 10/1386 in der Neufassung Drucksache 10/231 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 18:

Antrag der Abgeordneten Dr. Götz und anderer betreffend Wettbewerbsgleichheit zwischen ausländischen und deutschen Transportunternehmen – Drucksache 10/518

Einstimmige Beschlüsse. Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß in Zeile 2 nach dem Wort „EG“ das Wort „weiterhin“ einge-

fügt wird. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 19:

Antrag der Abgeordneten Werkstetter und anderer betreffend Minderung der Wettbewerbsverzerrungen im Bereich des Gütertransports gegenüber Österreich (Drucksache 10/931)

Auch hier ersehe ich einstimmige Beschlußfassung. Darf ich davon ausgehen, daß auf die Berichterstattung verzichtet wird? – Das ist der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Ausschüsse empfehlen Zustimmung mit der Maßgabe, daß in Zeile 1 vor dem Wort „alle“ das Wort „weiterhin“ eingefügt wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 20:

Antrag der Abgeordneten Gruber, Krinner, Herbert Hofmann und anderer betreffend Wettbewerbsverzerrungen bei den Geflügelschlächtereien (Drucksache 10/435)

Auch hier hat es, wie ich sehe, einstimmige Beschlüsse gegeben. Wird auf die Berichterstattung verzichtet? – Das ist der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung, und zwar über den zuletzt gefaßten Beschluß im Ausschuß für Information über Bundesangelegenheiten und Europafragen auf Drucksache 10/1400 unter Berücksichtigung der Beschlüsse auf den Drucksachen 10/643 und 10/995. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Wirth, Neuburger und anderer betreffend Verhinderung unzulässiger Preisabsprachen zwischen Baufirmen, Drucksache 10/87

Wird auf die Berichterstattung verzichtet? – Das ist der Fall. Wortmeldungen? – Nein.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr schlägt eine Neufassung vor. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen stimmt dem zu mit der Maßgabe, daß in Nummer 1 in der letzten Zeile die Worte „auch für die Zukunft“ gestrichen werden und die Nummer 4 eine neue Fassung erhält. Ich verweise auf die Drucksachen 10/776 und 10/205, über die ich abstimmen lasse. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Dann kommt Tagesordnungspunkt 22:

Antrag der Abgeordneten Wirth, Warnecke und an-

(Erster Vizepräsident Kamm)

**derer betreffend Preisabsprachen im Baugewerbe
(Drucksache 10/201)**

Wird auf die Berichterstattung verzichtet? – Das ist der Fall. Wortmeldungen dazu? – Herr Kollege Warnecke!

Warnecke (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ging bei unserem Antrag um zwei Punkte.

Der Große Senat des Bundesfinanzhofs beschäftigt sich demnächst mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Geldstrafen und Bußgeldern. Dabei waren wir uns einig, daß dies nicht kommen dürfe, daß also dagegen alle möglichen Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Uneinig war man sich in der Diskussion über folgenden Punkt: Wir hatten seitens der SPD-Fraktion beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, daß ein Straftatbestand des Ausschreibungsbetrugs neu geschaffen wird. Der anwesende Justizminister, der neben den Abgeordneten Wirth, Langenberger, König, Weiß, Geis und Dr. Hundhammer sich an der Debatte beteiligte, meinte, zwei Seelen säßen ach in seiner Brust. Als Jurist habe er eigentlich Verständnis für die Aufnahme eines Tatbestandes des Ausschreibungsbetrugs, aber die Wirtschaftler seien alle dagegen. Inzwischen haben wir aus der Zeitung zur Kenntnis genommen, daß sich die Wirtschaftler allenthalben in Bonn durchgesetzt haben, daß also ein Straftatbe-

stand des Ausschreibungsbetrugs nicht in das Strafgesetzbuch als § 264 a aufgenommen werden soll. Somit bleibt also alles beim straflosen Alten. Wir bedauern dies seitens der SPD-Fraktion.

Erster Vizepräsident Kamm: Keine weiteren Wortmeldungen? – Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Ziffer 1 eine neue Fassung erhält. Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat dem zugestimmt. Der Ausschuß für Information über Bundesangelegenheiten und Europafragen empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Nummer 1 gestrichen wird.

Wer mit der Streichung der Ziffer 1 einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Ziffer 2. Sie ist unverändert. Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen recht guten Abend. Morgen früh um 9.00 Uhr sehen wir uns wieder.

(Schluß der Sitzung: 18.59 Uhr)

DLP 10/27

S. 1470